

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengehaltene Beilage oder deren Raum 110 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45.

Montag, den 23. Februar 1920.

27. Jahrg.

Der „Dolchstoß in den Rücken“.

General Groener über die Ursachen unserer Niederlage.

Aus dem Reichswehrministerium wird uns geschrieben: Nigends ist die Feststellung der objektiven Wahrheit so schwierig, spielen Legenden eine so verhängnisvolle Rolle, wie auf dem Gebiet der Geschichte. Denn nicht nur das Urteil über einzelne Persönlichkeiten, sondern auch das über die Ursachen und treibenden Kräfte, die zu bestimmten Ergebnissen geführt haben, ist stets von der Parteien Haß und Günst verwirrt, und das um so mehr, je näher die Ereignisse den politischen Tageskämpfen liegen.

Ein klassisches Beispiel einer faustbiden Geschichtslüge ist die Behauptung, daß das kämpfende, den nahen Sieg vor Augen sehende Heer von hinten (durch die Revolution) erdolcht sei. So lächerlich diese Legende, so dürfen wir ihre Gefährlichkeit doch keineswegs unterschätzen, denn da die nationalistische Ideologie durch die verhängnisvolle imperialistische Politik unserer Kriegsgegner bei uns wahrscheinlich weiter an Boden gewinnen wird, besteht die Gefahr, daß mit dem Verklaffen der frischen Erinnerung an die Kriegsergebnisse und die Sünden des alten Systems die der nationalen Eitelkeit schmeichelnde Legende vom „Dolchstoß in den Rücken“ munter fortzuwuchern wird.

Es ist deshalb von hohem politischen Wert, namentlich auch im Hinblick auf die kommenden Wahlkämpfe, sorgfältig auf alle, auch nichtsozialdemokratische, Stimmen zu achten, die sich um die Feststellung der objektiven Wahrheit bemühen. Im Februarheft der „Preussischen Jahrbücher“ untersucht der als militärische Autorität anerkannte General Groener, der bekannte Chef des Feldpostenwesens während des Krieges, die staatsmännische Führung im Kriege und gelangt zu einem für diese geradezu vernichtenden Urteil.

In wohlthuendem Gegensatz zu dem aufgeregten politischen Gesindel der meisten Schriftstellernden Generale weist Groener klar und überzeugend nach, daß es in erster Linie politische, durch die Unzulänglichkeit unserer staatlichen Einrichtungen begründete Fehler waren, die uns die Niederlage gebracht haben, so daß hier wie immer die Weltgeschichte das Weltgericht gewesen ist. Die Ausführungen Groeners, auf ihren Kern zurückgeführt, sind eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Kriegspolitik.

Groener geht von den richtigen Grundgedanken aus, daß der Weltkrieg von Anfang an ein Kampf zwischen Deutschland und England um den Weltmarkt war. Die richtige politische Auffassung von diesem Charakter des Weltkrieges verbot nach Groener von vornherein jeden Gedanken der Annexion. Da wir an die eigentlichen Kraftquellen Englands nicht heran konnten, mußte uns daran liegen, ihm keine Hilfskräfte abspenstig zu machen. Namentlich bei Rußland hätte das ohne die unselbige Randstaaten- und Polenpolitik gelingen müssen, „wenn diesem politischen goldene Büden gebaut wurden.“

„Beide (Frankreich und Rußland) sind durch unsere Politik erst recht ins englische Lager getrieben worden, indem wir bei ihnen den Anschein erweckten, als sei der Zweck des Krieges die Eroberung von Provinzen.“

Der Irrgarten unserer politischen Zustände während des Weltkrieges, der seine Ursache in der überlebten Staatsform des Halbabsolutismus hatte, trat besonders verhängnisvoll in dem von der Sozialdemokratie so oft beklagten und beklämpften Zwiespalt zwischen militärischer und politischer Leitung hervor. „Staatsmann und Feldherr marschieren getrennt, ohne sich zum politischen Schlage zu vereinigten.“ In dem Riesenkampf, der um die weltwirtschaftliche Machtstellung des deutschen Volkes ging, waren militärische, politische und wirtschaftliche Führung ganz untrennbar. „Zwei Wege waren denkbar. Entweder Einführung des geplanten parlamentarischen Systems oder Schaffung einer Diktatur, die aber ihrerseits, wenn sie, wie in Frankreich und England, wirkliche innere Kraft haben sollte, auf der breiten Grundlage der Demokratie ruhen mußte.“

„Dieser allumfassende Kopf wurde nicht gefunden; zum Mittel des Parlamentarismus entschloß man sich zu allerletzt, als damit auch nichts mehr zu retten war. Bis dahin dackerte man mit den üblichen Mitteln des alten Regierungssystems.“

Unser altes Regierungssystem bedeutete aber einen verheerenden Militärabsolutismus, innere Zwiespältigkeit und Unwahrhaftigkeit. Da nach Clausewitz der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, bleibt auch im Kriege der Staatsmann der Auftraggeber des Feldherrn. Bei uns konnte aber der nur eine Minderheit hinter sich habende Generalstab, konnte ein Ludendorff in seinem eigenmächtigen politischen Diktatorismus eine innerlich haltlose schwache Staatsleitung bei Seite drängen.

„Als gar der Zwiespalt der Meinungen, der sich zwischen den obersten Stellen bald auftrat, in das ganze Volk hineingetragen wurde,“ (durch die Vaterlandspartei. Die Red.) „war dies für den Feind eine willkommene Hilfe.“

Aus den rückwärtigen Betrachtungen der Operationsfehler während des Krieges, die hier im Rahmen eines Urteils leider nicht wiedergegeben werden können, verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß Groener auch die Führung des U-Boot-Krieges als gänzlich verfehlt betrachtet.

„Der U-Boot-Krieg wurde vorzeitig mit ungenügenden Kräften eröffnet.“

Groener befindet sich hier wiederum in voller Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Kriegspolitik, wenn er von seinem sachmännischen Standpunkt aus zu dem Ergebnis gelangt, daß die richtige Anwendung dieser gegenüber England unter Umständen entscheidenden Waffe uns keinen Konflikt mit Amerika hätte zu bringen brauchen, vorausgesetzt, daß wir unsere rechtzeitige Bereitschaft zu einem wirklichen Verständigungsfrieden gezeigt hätten:

„Viel umstritten ist die Frage, ob Amerika ohne die Eröffnung des U-Boot-Krieges im Februar 1917 sich zum Kriege entschlossen haben würde. Nach der ganzen politischen Entwicklung ist kaum zu bezweifeln, daß Amerika in den Krieg eintritt, sobald das Gleichgewicht erheblich zugunsten Englands laßt. Da Amerika jedoch ein Heer nicht vorrätig hatte, ist es fraglich, ob es sich mit dessen Aufstellung und Versendung über das Meer sehr beeilt haben würde. Die Annahme ist berechtigt, daß Amerika zunächst zur Friedensvermittlung zugunsten Englands sich entschlossen und erst, wenn diese gescheitert wäre, zur Truppenbeschaffung gegriffen haben würde.“

Besonders verhängnisvoll und der letzte entscheidende Fehler aber war es, daß wir auch 1918 nicht im rechtzeitigen Augenblick zu einem Verständigungsfrieden bereit waren. Denn nach dem Mißlingen unserer Offensiven und Fehlschlägen aller Siegeshoffnungen war auf diesen nicht mehr zu rechnen. Nunmehr mußten auch alle Bemühungen Wilsons fehlschlagen:

„Das Kriegsjahr 1918 begann unter politisch günstig erscheinenden Auspizien (Aussichten). Rußland war aus dem feindlichen Konzern ausgeschieden; Rumänien mußte dem Vorgehen folgen; der östliche Himmel schien frei von Gewölk; die revolutionäre Gefahr wurde verkannt. Die Vereinigung der Kräfte im Westen bot nochmals Gelegenheit, vom Verständigungsfrieden zu reden: vor der Offensive.“

„Als im Herbst 1918 Feldherr und Staatsmann sich unter dem äußersten Zwang der Lage entschlossen, den Präzedenz Wilson gemäß seiner 14 Punkte anzurufen, war dieser gar nicht mehr in der Lage, die ihm zugedachte Rolle zu spielen. Denn England und Frankreich hatten ihn und seine Truppen nicht mehr nötig.“

Von diesen Gedanken aus gelangt man auch zu einem gerechten Urteil über Wilson. Es hat der Sozialdemokratie stets fern gelegen, in ihm eine rein sittlichen Beweggründen handelnde Lichtgestalt zu erblicken. Er handelte lediglich im Interesse Amerikas. Aber weil er das tat, lag ihm daran, eine Niederlage Englands ebenso zu verhindern wie einen vollständigen Sieg. Der Verständigungsfriede, das politische Gleichgewicht in Europa, war das natürliche Kriegsziel nicht nur Deutschlands, sondern auch Amerikas. Daß Wilson seine Rolle als Weltfriedensrichter nicht zu Ende spielen konnte, lag an dem wahnwichtigen Treiben unserer Deutschen und ihrer Militärgötzen, deren irrsinnige Politik unseren Feinden den Sieg geradezu aufgedrängt hat. Sie sind es, die in Wahrheit dem deutschen Volk bei seinem schweren Ringen um seine Existenz den Dolch in den Rücken gestochen haben. Der Sturz des alten Herrschaftssystems war die naturnotwendige geschichtliche Folge seines völligen Verfalls.

Erzbergers Attentäter vor Gericht.

Der zwanzigjährige Oidwig von Hirschfeld, der auf den Minister Erzberger geschossen hat, ist Sonnabend vom Schwurgericht zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hat sehr milde Richter gefunden, und man wird nicht gerade behaupten können, daß solche Strafen geeignet seien, politische Attentate, die jetzt in der Luft zu liegen scheinen, zu verhüten. Aber auf der anderen Seite muß man zugeben, daß dieser zwanzigjährige, zurückgebliebene Dummkopf vor Gericht ein solches Maß von Borniertheit an den Tag legte, daß man dem Gutachten der Gerichtsärzte nur zustimmen kann, die ihn als geistig minderwertig bezeichnen. Das Schlimme ist nur, daß diese minderwertigen Burden jetzt sämtlich von einer wüsten deutschnationalen Hege erfaßt und im Hurra-Schreien noch weiter verblödet werden, bis sie eine öffentliche Gefahr für jeden vernünftigen Politiker werden.

Mag nun der Attentäter, der ja glücklicherweise keinen besonders großen Schaden angerichtet hat, gerecht oder zu milde beurteilt worden sein, jedenfalls enthält auch dieser Prozeß für die Regierung einen deutlichen Hinweis auf ihre Pflicht, dem Geist der Gewalttätigkeit, wo immer er sich zeigt, mit aller Kraft entgegen zu treten. Außerste Rechte und äußerste Linke überbieten sich gegenseitig in Versammlungssprengungen, und das Reden in öffentlichen Versammlungen wird immer mehr zu einer ungeheuren körperlichen Kraftleistung, zu einer Tortur für die Stimmwerkzeuge. Der planmäßige organisierte Ueberfall auf den demokratischen Eingang, Herrn von Gerlach, (wir berichten darüber an anderer Stelle. Red.) mag deshalb doppelt hart verurteilt werden, weil er anscheinend von Reichwehrojbdaten ausgegangen ist, aber auch diese haben die Entschuldigung für sich, daß Versammlungssprengungen und tätliche Angriffe auf unbedeutende politische Persönlichkeiten jetzt schon beinahe zu den Alltäglichkeiten gehören. Darüber hinaus wird dann jede Form von Gewalt propagiert, insbesondere ausgesprochene Faschisten erscheinen den Delegierten ebenso als vogelfrei wie umgekehrt den „Anabaptisten“ und Kommunisten die Reichwehrojbdaten oder Sicherheitspolizeibeamten. Dieser Geist der Brutalität, den der Krieg

geweckt hat, muß wieder aus dem deutschen Volke heraus, und da die Gerichte hier wie überall in den letzten Jahren verfallen, muß die Staatsregierung von sich aus mit fester Hand gegen rechts und links für die öffentliche Ordnung sorgen.

Sehnsucht nach einem neuen Kriege.

Jede Gelegenheit benutzen unsere Kriegstreiber von ehemals, um das Volk von neuem in einen Taumel hinein zu jagen, der dem der Augusttage 1914 gleich kommt. Die Entente hat ihnen durch ihre vernünftige Haltung in der Auslieferungsfage glücklicherweise das Wasser abgegraben. Sie können ihre Ehrenkränze, die sie aufgelegt und in die sich schon tausende „begeisterter“ Jünglinge eingetragen hatten, um im Notfall die deutsche Ehre zu verteidigen, nun einstampfen lassen. Da sie aber doch gern Krieg spielen möchten, so haben sie einen neuen Grund gesucht, um zu den Waffen rufen zu können. Diesmal ist es die Angst vor dem Bolschewismus, die dazu herhalten muß.

Der fromme „Reichsbote“ veröffentlicht einen Aufruf von Professor Siegfried Schmidt. Dieser tapere Deutsche schlägt vor, daß zur Bannung des drohenden Bolschewisteneinfalles nicht nur jeder wehrfähige Deutsche in die Einwohnerwehr eintritt, sondern daß sich auch „jede tapere deutsche Frau“ im Gebrauch der Waffen unterweisen lassen müsse. Zur Begründung dieser Forderungen führt er an, daß wir in einer Zeit leben, „in der wir nicht mehr nach den Schwächen des Geschlechts und nach der angeblichen Verweiblichung desselben fragen dürfen!“ Kommentar überflüssig.

Der tapere Redakteur ruft: „Noch ein Vierteljahr deutsches Volk, und der Bolschewismus rüttelt an Deinen Haustüren! Wollt Ihr da, Ihr deutschen Frauen, Eure Männer noch zurückhalten, wenn sie zu Eurem Schutz und zu dem Eurer Kinder Waffen tragen möchten? Wollt Ihr noch zu Hause bleiben, Ihr Männer, wenn Euch Raub und Mord aus dringendster Nähe bedrohen? Verteidigen könnt Ihr Euer Heim nur in den Reihen tapferer Kameraden!“

und schließt seinen Aufruf mit den Worten: „Wachrufen möchte ich Dich, Du deutsches Volk! Feuerbrände möchte ich Dir in die Herzen schleudern! Heiß durch mein Volk möcht' ich sie senden. In jede Mark, an jeden Herd, Daß alles zu den Waffen führe, Und rasselnd rufe: Schüre, schüre! Wo ist der Kampf? Wir sind bereit! Wir stehen vor der Wahl zwischen Wiederaufrichtung und Vernichtung. Was werden wir wäffeln?“

So sehen diejenigen Leute aus, die über die „Verbrechen“ der ehemals feindlichen Staaten klagen und immer wieder behaupten, diese hätten es nur darauf abgesehen, uns ganz zu vernichten. Zur Vernichtung Deutschlands sind wirklich Franzosen und Engländer nicht nötig; unser Untergang ist gesichert, wenn wir der Ratschlägen der Siegfrieds und Genossen Folge leisten würden. Da unser Streben aber dahin geht, das durch die Alldeutschen und Militaristen des alten Deutschlands zugrunde gerichtete Land wieder aufzubauen, so lehnen wir diese Politik ab, werden aber alles tun, um mit allen Völkern der Welt zu einer Verständigung und damit zum Völkerverbunden zu kommen.

„Der Vertrag ist tot!“

Die englische „Nation“ schreibt in einem Leitartikel: „Der Vertrag von Versailles ist schon im Verfall begriffen. Es ist überflüssig, nach Veränderungen zu sprechen. Der Vertrag ist tot. Die Strafbestimmungen sind bereits ausgefallen. Frankreich scheint für jede Aenderung des Vertrages eine Konzession zu verlangen.“

Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Senat.

Im amerikanischen Senat ist Sonnabend zum ersten Male seit November eine Abstimmung über den Friedensvertrag erfolgt. Es handelte sich um den Antrag Hitchcock, die republikanischen Vorbehalte in der Weise zu erwägen, daß für die Kündigung und den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Völkerbund ein gemeinsamer Beschluß des Kongresses erforderlich sein soll. Der Antrag ist mit 38 gegen 26 Stimmen abgelehnt worden.

Nach einer Radiomeldung aus Washington brachte Senator France im Senat eine Tagesordnung ein, durch die der Friedenszustand zwischen Amerika und Deutschland erklärt werden soll. Eine internationale Konferenz soll die Wiedergutmachungs- und Organisationsfragen regeln.

Die Heimkehr unserer Gefangenen aus Sibirien.

Die Botschafter-Konferenz in Paris hat am Sonnabend die Fragen geprüft, die sich auf die Schiffsbestimmungen beziehen. Man stellte eine Unterfuchung über die Ausführung des Art. 197 an, der sich auf die Kontrolle der sibirischen Gefangenen

Stationen und auf die Schiffe bezieht, die von der deutschen Regierung für die Rückbeförderung der Gefangenen aus Sibirien verwendet werden sollen. Die Verwendung der Schiffe wurde erlaubt, jedoch unter der Bedingung, daß die tschechoslowakischen, jugoslawische und die polnischen Soldaten zuerst heimbeordert werden.

Sowjet-Rußland und England.

Nach einem Junkspruch aus Carnarvon teilte O'Grady, der aus Kopenhagen in London eingetroffen ist, mit, daß nach dem mit Litwinow abgeschlossenen Vertrage sämtliche britische Militär- und Zivilgefangenen binnen einem Monat freigelassen werden sollen. Die Hauptsache sei, daß die Russen aus England, Holland und Dänemark nach Rußland befördert würden. Die englischen Gefangenen würden sofort freigelassen werden, sobald sich die russischen auf baltischem Gebiet befinden. O'Grady fügte hinzu, er beabsichtige am Sonnabend nächster Woche nach Kopenhagen zurückzukehren, um die Abmachungen über die praktische Durchführung der Transporte zu beenden.

„Neuter“ ist ermächtigt, die Meldung zu dezentrieren, daß Lloyd George und Ritti gemeinsam darauf hinarbeiten, im Gegensatz zum französischen Ministerpräsidenten, Verhandlungen mit Litwinow zu eröffnen. Eine solche Absicht sei nicht besprochen worden.

Sowjet-Rußland zur Demobilisation bereit?

Die „Morning Post“ teilt aus Kopenhagen mit: Am Tage vor seiner Abreise nach England erhielt O'Grady die Mitteilung, daß Sowjet-Rußland sich bereit erklärt hat, auf eine vollständige Demobilisation des russischen Heeres unter der Bedingung, daß Rußlands Grenzen nicht verletzt und Sowjet-Rußland von der Entente anerkannt würde, einzugehen. Es fanden auch gleichzeitig Verhandlungen statt zwischen O'Grady und Litwinow über die wirtschaftlichen Bedingungen, die für wirtschaftliche und industrielle Unternehmungen der Ententekapitalisten festgesetzt werden sollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Befriedung der Parlamente.

Der Entwurf eines Gesetzes „Ueber die Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage“ ist jetzt dem Reichsrat und den Reichsministern der Justiz und des Innern zugegangen. Der grundlegende § 1 lautet:

„Innerhalb des befriedeten Bannkreises des Reichstagsgebäudes dürfen, solange der Reichstag oder ein Ausschuß des Reichstages versammelt ist, Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden. Entsprechendes gilt für die Gebäude der Landtage. Ausnahmen können für das Reichstagsgebäude von der Reichsregierung, für das Gebäude der Landtage von den Landesregierungen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages zugelassen werden.“

Nach § 2 bestimmen den befriedeten Bannkreis für das Reichstagsgebäude die Reichsregierung, für die Gebäude der Landtage die Landesregierungen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages. Die Strafen des Anlaufes treffen nach § 3 den, der an hiernach verbotenen Versammlungen oder Umzügen teilnimmt. Wer zur Veranstaltung solcher Versammlungen oder Umzüge auffordert, wird mit Gefängnis bestraft. Wer vorsätzlich Anordnungen übertritt, die der Präsident des Reichstages oder eines Landtages über das Betreten des Gebäudes oder über das Verhalten in dem Gebäude erläßt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft (§ 4). Auf die Mitglieder des Hauses findet diese Bestimmung keine Anwendung.

In der Begründung wird auf die Ereignisse des 13. Januar 1920 hingewiesen. Diese hätten die Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt, ob die Bestimmungen des geltenden Rechtes ausreichen, um die Gebäude des Reichstages und der Landtage vor Ansammlungen zu schützen, die in ihrem Verlaufe zu Störungen der Arbeiten der Volksvertretungen führen könnten. Das Recht verschiedener ausländischer Staaten enthalte für solche Fälle eine Sonderbestimmung. Insbesondere sei nach englischen Rechte eine Versammlung von mehr als 50 Personen innerhalb einer (ergänzlichen) Meile vor den Türen des Parlamentsgebäudes verboten und den Teilnehmern an einer solchen Versammlung Strafe angedroht. Das französische Recht bestrafe jeden, der einen Anlauf zum Zwecke der Erörterung, der Zusammenfassung oder Uebersetzung einer Petition, einer Erklärung oder eines Aufrufs an eine der beiden Kammern veranlasse.

Innerhalb des befriedeten Bannkreises soll, solange die Parlamente oder ein Ausschuß derselben versammelt sind, jede Versammlung unter freiem Himmel und jeder Umzug grundsätzlich unterbleiben. Ausnahmen müssen für ganz besondere Fälle ermöglicht werden, zum Beispiel Ehrung eines verstorbenen Abgeordneten.

Die Finanzierung der Einfuhr.

Die Ständige Palatationskommission erachtet die Regierung, auf Grund des Art. 23 des Friedensvertrages ebenfalls mit der Wiedergutmachungskommission in Verbindung zu treten, um aus denjenigen Beträgen, die laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums auf Grund des Friedensvertrages bereits abgeliefert sind, die Mittel zu erhalten, die zur Ernährung und Wirtschaftsführung des deutschen Volkes auch bei härtester Einschränkung des Konsums unbedingt nötig sind.

Das Reich ist durch Abtrennung wertvoller Gebiete, durch Wegnahme der Kolonien, der Kabel, des gesamten Vermögens im Ausland, der Schiffe, des Eisenbahnmateriale, der landwirtschaftlichen Maschinen und durch die Liquidation der Firmen im Ausland so verarmt, daß ihm ausreichende Mittel für Zahlungen im Ausland nicht mehr zu Verfügung stehen. Wenn Deutschland nicht das gleiche Schicksal heideten sein soll wie Deutsch-Ostpreußen, so müssen ihm aus den geleisteten Lieferungen so viel Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß es die zur Bezahlung der notwendigen Nahrungsmittel in den nächsten Monaten erforderlichen Beträge aufbringen kann.

Die Ständige Palatationskommission vertritt zuverlässig darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Erfüllung des Friedensvertrages der deutschen Regierung die jetzt benötigten Summen, wie im Artikel 23 vorgesehen, freigeben wird.

Die Partei der Ungeheueren.

Ein Mann mit Deutschem Namen nach dem anderen verläßt die U. S. P. D. Diese Meist sind geradezu darauf angesetzt zu werden, daß sie keinen Resten mehr in ihren Reihen behält, vor dessen Bildung und geringer Anzahl auch der Gegner den Hut nicht, sondern nur noch Raubschiffe, Staatsbankrott und Schlagschwerter. Nach den Rekruten, Beratern, Dr. Herz, Dr. Silber-

stein usw. usw. ist es jetzt der Berliner „unabhängige“ Stadtverordnete Dr. Ignaz Jaded, der der U. S. P. D. den Rücken lehrt. Jaded gehört zu den wenigen, ganz Allen in der Partei, die ihre Ueberzeugungstreue schon unter dem Sozialistengesetz bewährt haben. Er genießt unter Politikern und Leuten gleich großes Vertrauen, und sein Ansehen hat stark für die U. S. P. D. in Arbeiterkreisen und im Bürgertum geworben. Jetzt hat ihn ein Mißtrauensvotum, das von den Parteiuoffizieren der U. S. P. D. sorgfältig vorbereitet war, zur Niederlegung seines Mandats veranlaßt. Jaded hatte allerdings auch einige abschließliche Parteiverbrechen begangen. Er hatte z. B. mißbilligt, daß der Berliner „unabhängige“ Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wehl die Geschäfte ebenso unmanierlich wie parteiisch führt, und er hatte als Arzt mit Gewissen es nicht verantworten zu können geglaubt, daß die Krankenschwestern nach Ablauf des Nachmittages den Kranken liegenläßt und davon geht. Deshalb wird er jetzt als Sünder auf dem Altar des reinen Prinzips geschlachtet. Aber er lehrt zugleich der U. S. P. D. den Rücken, indem er sich von ihrem hochgewaltigen Diktaturprogramm losreißt und bekennet, daß er als das Sterben will, wofür er vierzig Jahre gelebt und gestritten hat: als denkender und aufgeklärter Sozialdemokrat.

Die neue preussische Verfassung.

Die Vorberatungen unter den drei Mehrheitsparteien über die neue preussische Verfassung ist, wie die „P. P. N.“ zu berichten wissen, so gut wie zum Abschluß gelangt. Die Vorlage wird nunmehr das Staatsministerium beschäftigen und in den ersten Märztagen an die Landesversammlung gelangen. Die entscheidende Neuerung in dem endgültigen Verfassungsentwurf dürfte ein Finanzrat sein, dessen Zustimmung einzuholen ist, wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Staatsregierung vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen, für neue Steuern, für die Aufnahme von Anleihen und Uebernahme von Bürgschaften sowie für Ausgaben, für die noch keine Deckung vorhanden ist oder für die die Deckung durch Anleihen erfolgen soll. Dem Finanzrat sollen die von den Provinzen gestellten Vertreter Preußens im Reichsrat angehören, ferner der Präsident der Oberrechnungskammer, der Präsident der preussischen Staatsbank, der Präsident der Zentralgenossenschaftskasse und eine Anzahl vom Landtag zu wählende Mitglieder, die an Zahl um vier geringer sein sollen, als die preussischen Mitglieder des Reichsrates. Der Landtag wählt seine Vertreter geheim nach den Grundzügen der Verhältnismäßig. Wählbar ist nur, wer das 35. Lebensjahr vollendet und seit drei Jahren Preuze ist. Die Landtagsabgeordneten müssen bei ihrer Wahl in den Finanzrat ihr Mandat niederlegen. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der gewählten Mitglieder des Finanzrates aus. Die Sitzungen des Finanzrates sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Finanzrates sind immun und erhalten Diäten. Beauftragt der Finanzrat ein Finanzgesetz oder einen Beschluß von finanzieller Tragweite, so hat er dies innerhalb zwei Wochen dem Landtag mitzuteilen und innerhalb zweier Wochen schriftlich zu begründen. Die Angelegenheit unterliegt also dann erneuter Beschlußfassung des Landtages. Hält der Landtag mit Zweidrittelmehrheit an seinem ursprünglichen Beschluß fest, so behält er dabei sein Bemeden, sofern nicht die Staatsregierung den Landtag auflösen will.

Abgesehen von dieser Neuerrichtung des Finanzrates ist der preussische Verfassungsentwurf streng demokratisch aufgebaut.

Durch das Wesen gewisser Blätter

Der Hauptschuldige an dem Attentat gegen Erzberger, Alwig v. Hirschfeld, ist zweifellos nicht der Täter, sondern die deutsch-nationale Presse, die jeden politischen Mord an einem Revolutionär verherrlicht und dadurch unreife Menschen zu solchen Anschlägen geradezu aufreizt. Der letzte Zweifel daran, daß die Deutschnationalen eine Partei der Mordmörder und ihre Presse ein Organ des Mordmordes geworden ist, hat übrigens der Fahnenjunker v. Hirschfeld selbst beseitigt, indem er, der Schlingling der Deutschnationalen, das Produkt ihrer Erziehung, ein Junfer von der Gestalt, wie sie ein rechtes allduitsches Herz höher schlagen läßt, vor Gericht ausdrücklich erklärt hat, er sei erst durch das Wesen gewisser Blätter und insbesondere der Erzbergerschrift Helfferichs zu dem Gedanken an das Attentat bemogen worden. Wird jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ noch die Stirn haben, die Resolutionsatmosphäre für den Mordplan des Junkers von Hirschfeld verantwortlich zu machen? Jedenfalls wird die Partei der Mordmörder das Zeugnis gerade ihres adeligen Junkers und Helben nicht von sich abköpfen können.

Uebrigens ist Helfferichs Broschüre „Fort mit Erzberger“, die seit dem 19. August 1919 im Scherl-Verlage erschien, Sonnabend vormittag auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Gegen das Schlemmer- und Schiebertum.

Von den Demokraten ist im bayerischen Landtag eine Interpellation eingebracht worden, die sich gegen ein Schlemmer- und Schiebertum richtet, welches sich in München und Garmisch-Partenkirchen in Lugusioakalen dem ärgellosesten Wohlleben hingibt. Das Treiben wird als Gefahr für Ruhe und Ordnung des hungernden Volkes bezeichnet.

Baltikumer als Versammlungssprenger.

Eine wilde Versammlungssprengung durch eine Horde baltischer Soldaten hat sich am Freitag abend in Charlottenburg ereignet. Dort sollte in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums in einer Versammlung des „Bund Neues Vaterland“ der „unabhängige“ Demokrat Herr Helmuth von Gerlach über die Auslieferungssfrage sprechen. Er hatte kaum einige Sätze seines Referats vorgelesen, als er durch wüsten Lärm unterbrochen wurde. Der Versammlungsleiter forderte darauf die Kadonmacher auf, den Saal zu verlassen, wenn sie die Redezeit nicht achten wollten. Darauf erhob sich ein geschlossener Haufe von etwa 40 bis 50 Baltikumern unter Anführung von Offizieren, aber nicht etwa, um den Saal zu verlassen, sondern um das Podium zu kirmen. Es kam zu einem wüsten Handgemenge, bei dem sowohl der Versammlungsleiter wie der Referent mißhandelt und blutig geschlagen wurden. Herr von Gerlach mußte verletz fortgetragen werden, doch haben sich hinterher seine Verletzungen als weniger schlimm herausgestellt. Auch Frauen wurden von den Kahlungen in wüster Weise beschimpft und tätlich angegriffen. Der Kadon trug auch einen stark antise mitilischen Charakter. Auf der Straße feierten die politischen Kandidaten, aus einem Ausdruck der hündlerischen „Deutschen Tageszeitung“ zu gebrauchen, dann ihren „Sieg“ unter Hochrufen auf die Monarchie und Schmähsen gegen die Regierung. Die Vorfälle werden ein gerichtliches Nachspiel haben. Unter den Festgenommenen, die sämtlich der Marinebrigade III angehören, befinden sich sieben Offiziere.

Unter der Auflage des Hochnerrats.

Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, P. Böttger, klagt ein Verfahren wegen Hochnerrats beim Oberrechnungswirt Böttger, der sich, der „Leipziger Volkszeitung“ zufolge, auf der Festung Königstein in Haft be-

findet, soll in Versammlungen für den gewalttätigen Sturz der Regierung mit Hilfe von politischen Massenstreiks zum Zwecke der Aufrichtung der Räterepublik und der Diktatur des Proletariats eingetreten sein.

In die Schutzhaft mit ihm!

Wie zeternd und toben die „Unabhängigen“, wenn einer, der das Wirtschaftsleben durch unfinnige Streikbereiten bedroht, vorübergehend in Schutzhaft genommen wird. Kein Schimpfwort ist ihnen schlimm und schmutzig genug, es dann gegen die Regierung anzuwenden. Umgekehrt sind die Herrschaften aber viel weniger zimperlich. Als feinerzeit in Halle die „Unabhängigen“ regierten, haben sie einen bürgerlichen Redakteur, der ihnen nicht pafte, mit nichts für nichts in Schutzhaft gesteckt, und ihn vor einigen Tagen Reichswehrsoldaten nach Plauen kamen, forderte der „unabhängige“ Führer Hahn in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung, daß der frühere Regierungsbeauftragte Paul Grund sofort hinter schwebische Geraden gesteckt werden möchte. Weshalb? Nur deshalb, weil der „Unabhängige“ Hahn den durch nichts begründeten Verdacht hatte, Grund hätte die Truppen herbeigerufen!

Kleine politische Nachrichten.

Der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes ist soweit fertiggestellt, daß er demnächst dem Reichskabinett und dann der Nationalversammlung zugehen kann.

Der deutsche Geschäftsträger in London, Dr. Stamer, hatte bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens eine längere Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen.

Die Regierung trägt sich, wie der „Börsenztg.“ von angeblich autenrichtlicher Seite mitgeteilt wird, mit dem Plan einer großen Anleihe und hofft, daß daran vornehmlich die neutralen Staaten teilnehmen werden, nachdem jetzt durch den Beschluß der Anleiarbeiter, Ueberwachter zu arbeiten, die Lage der deutschen Industrie sich wesentlich besser gestalten wird.

Das Reichsfinanzministerium hat den Entwurf der Beamtenbesoldungsreform dem Kabinett zur Beratung vorgelegt.

Die vom Völkerverbund angefordigte Finanzkonferenz wird wahrscheinlich in 14 Tagen nach Genf einberufen werden.

Mit der Durchführung der Abnahme und Ablieferung der entlegenen Schiffe wird eine Ablieferungskommission mit dem Sitz in Hamburg betraut.

Seit dem 20. Januar sind 190 000 Kriegsgefangene, darunter 4300 Offiziere, aus Frankreich heimgekehrt.

Die bayerische Regierung fordert vom Landtag für die Kanalisierung Wschaffenburg—Würzburg und den Donau-Ausbau Regensburg—Preßburg 75 Millionen Mark.

Dem aus Rußland stammenden „Freiheit“-Redakteur A. Stein war ein Ausweisungsbefehl zugegangen, der aber wieder zurückgezogen wurde.

Für die Abtretung der Eisenbahnen an das Reich verlangt Sachsen rund zwei Milliarden Mark.

Bei der Aufhebung einer Kommunistenversammlung in Duisburg wurde unter 25 Teilnehmern auch der von der Münchener Staatsanwaltschaft schon lange gesuchte Geiselmörder Holzappel festgenommen. Er und noch vier andere Duisburger Kommunisten wurden mit einem Kraftwagen nach Wesel transportiert, wo ihre Aburteilung erfolgen wird.

Am 5. März wird in Kernal eine Konferenz der sozialistischen Parteien aller Landstaaten stattfinden.

Poincare wurde zum Präsidenten der Wiedergutmachungskommission ernannt.

Der „Petit Parisien“ meldet, daß die Alliierten beschließen haben, das Telegamm des Kronprinzen aus Holland, in dem sich dieser an Stelle der Kriegsschuldigen zur Verfügung stellt, nicht zu beantworten.

Lloyd George genehmigte den Rücktritt des Lebensmittelinisters Roberts.

Im nördlichen Kaukasus ist ein neues Staatswesen entstanden. Die nordkaukasischen Bergstämme haben die selbständige Republik Daghestan ausgerufen. Die militärische Organisation der neuen Republik soll, wie versichert wird, ein beachtlicher Faktor unter den neuen kaukasischen Staatsgebilden sein.

Belgien.

Deutsch-belgischer Warenverkehr.

Eine am Sonntag in Kraft getretene Verfügung hebt die Ursprungszeugnisse sowie die Einfuhrbewilligung von Waren deutscher Herkunft auf.

Frankreich.

Die Bergarbeiter zu Ueberstunden bereit.

Wie „Petit Parisien“ meldet, empfing der Minister für öffentliche Arbeiten, Lefranc, Vertreter der Bergarbeiter, die sich bereit erklärten, Ueberstunden zu leisten, um die Kohlenförderung zu erhöhen.

Der unschuldige Deschanel.

Bekanntlich war zu dem Empfang des diplomatischen Korps durch den neuen Präsidenten auch der deutsche Gesandte Dr. Mayer geladen. Eine Mitteilung des Ministeriums des Auswärtigen an die Pariser Presse hält es für nötig, ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß die Einladung zu diesem Empfang nicht von der Regierung ausgegangen sei, sondern von dem Botschafter Japans, als dem ältesten Mitgliede des diplomatischen Korps.

Spanien.

Neubildung der Regierung.

Aus Madrid wird gemeldet: Das Kabinett hat dem König seine Demission eingereicht; die vom König angenommen wurde. Der König sprach Salazar sein Vertrauen aus, der die neuen Minister am Montag im Parlament vorstellen wird.

Vereinigte Staaten.

Ein bezeichnendes Wahlergebnis.

Bei der im Staate Missouri vorgenommenen Erziehungswahl zum Kongreß, der man in den Vereinigten Staaten allgemein mit der größten Spannung entgegenah, siegte nach einer Kabelelung der „Frankf. Ztg.“ der demokratische Kandidat, der sich für den Völkerverbund erklärt hatte, mit einer Mehrheit von 1500 Stimmen.

Warum Lansing zurücktreten mußte.

Ueber die Vorgeschichte zu Lansing's Rücktritt weiß der Washingtoner Korrespondent des „Daily Herald“ mancherlei Einzelheiten zu berichten. Die nicht verfassungsmäßige Sitzung des Kabinetts, über die Wilson sich so sehr beklagt, sei von Lansing zur Beratung folgender zwei Punkte einberufen worden: 1. Das Kabinett erklärt amtlich, daß Wilson außerstande ist, die Regierungsgeschäfte zu erfüllen, und verlangt, daß Vizepräsident Marshall als erster Beamter der Republik auftritt. 2. Die Festhaltung des amerikanischen Gesandten Jenkins in Mexiko wird als Begründung für die Proklamierung des Kriegszustandes mit diesem Lande benutzt. Lansing hat angeblich bei der Verteidigung des zweiten Punktes darzu-

Neueste Nachrichten.

Ein Notizheft der deutschen Zeitungsverleger.

II. Weimar, 23. Februar. Die gestern hier tagende allgemeine deutsche Zeitungsverlegerversammlung hat nach eingehender Aussprache über die schwere wirtschaftliche Krise, in der sich die deutsche Presse befindet, einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Die deutschen Zeitungen stehen vor einer Katastrophe. Die völlige Unfähigkeit der Papierlieferung, die ungeheure Preissteigerung des Druckpapiers, aller Materialien und Maschinen, der Löhne und Gehälter, die Unmöglichkeit, einen auch nur annähernden Ausgleich der bereits bis zur Grenze drückenden Belastung der Zeitungen zu erreichen, hat in Weimar die Herausgeber der deutschen Zeitungen aus allen Teilen des Reiches zusammengeführt. Die Aussprache ergab, daß eine große Anzahl deutscher Zeitungen, darunter Blätter von historischer Bedeutung, nur noch durch Notkredite bisher vor dem Zusammenbruch bewahrt blieben, und daß ohne eine Sicherstellung des des Zeitungsdruckpapiers zu noch erträglichen Preisen der Tag vorauszusehen ist, an dem die überwältigende Mehrheit der deutschen Zeitungen ihr Erscheinen einstellen muß. Die Reichsregierung ist sich aufeinander der Wirkungen einer solchen Katastrophe noch gar nicht voll bewusst. Es handelt sich um die Existenz einer Einrichtung, ohne deren Fortbestehen und Aufrechterhaltung Wirtschaft und Ordnung in Deutschland den allerhöchsten Gefahren ausgesetzt werden und der Wiederaufbau unmöglich gemacht wird. Verschwindet die Zeitung mit ihrer wirtschaftlichen Vermittlung, mit ihrem Einfluß auf das In- und Ausland, verschwindet ihre Aufklärung, ihre Ermutigung in Deutschlands schwerster Zeit, dann treten das Gerücht, die Flugblätter aller zerstörenden Kräfte vor drinnen und draußen an ihre Stelle. Die deutschen Zeitungen wollen keine Preissteigerungen für sich, lehnen sie vielmehr ab, aber sie haben das wohlverworbene Recht, im öffentlichen Interesse zu verlangen, daß die Existenzgrundlage der Zeitungen gesichert wird, vor der sie vernichtenden Wirtschaft, die durch die grenzenlose Spekulation und durch Schiebungen auf dem Holzmarkt, den hauptsächlichsten Rohstoff für das Zeitungspapier, so verteuert, daß das Papier für die übergroße Mehrheit der deutschen Zeitungen unerschwinglich bleibt. Daran ändert es nichts, wenn einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Mehrheit der Zeitungen und die bewährte Struktur der deutschen Presse aus besonderen Gründen Papier zu jedem Preise zu erlangen suchen. Es geht hier nicht um die privaten Interessen einzelner Verleger, sondern um die Freiheit und Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung. In letzter Stunde richten die deutschen Zeitungsverleger die dringende Mahnung an die Regierung, an die Regierungen der Länder und an die Nationalversammlung im allgemeinen öffentlichen Interesse, das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch Sicherstellung einer ausreichenden Menge von Papierholz zu mäßigen Preisen und dadurch des Zeitungsdruckpapiers. Verhüllt dieser Notizheft urgerichtet, jögern die Regierungen, dann wird der Zusammenbruch der deutschen Presse mit allen seinen Folgen unvermeidlich.“

III. Berlin, 23. Februar. Wie der Leipziger Korrespondent des „F. L.“ von einem Mitgliede der Reichsanwaltschaft erfährt, dürfte die Reichsanwaltschaft, da die bisher vorliegenden Akten der Kriegsbekundigten sehr lückenhaft sind und nur ganz allgemein gehaltene Beschuldigungen enthalten, sich an die Entente zu wenden haben, um von ihr über alle in der Liste aufgeführten Persönlichkeiten ein ausführliches Material zu erhalten. Da aber viele der Persönlichkeiten nicht einmal dem Namen nach genannt sind, wird es neuerer und genauer Angaben der Entente bedürfen, um überhaupt erst die Persönlichkeiten zu ermitteln, gegen welche die Beschuldigungen erhoben werden. Jedes einzelne Verfahren wird an Hand des Gesuches in derselben Form wie jedes andere Strafverfahren loyal durchgeführt werden. Die Hauptaufgabe wird zunächst sein, für die einzelnen Verfahren die noch fehlenden Unterlagen zu beschaffen. Es ist anzunehmen, daß diese Unterlagen auf diplomatischem Wege eingehen werden. Möglicherweise wird es sich auch um eidliche Aussagen von Zeugen handeln. Diese eidlichen Aussagen werden für das deutsche Verfahren lediglich die Bedeutung polizeilicher Vernehmung haben. Der Angeklagte würde daraufhin seine Gegendarstellung machen und seine Zeugen benennen, womit die Grundlage für die Entscheidung des Gerichts gegeben ist, ob ein Verfahren eröffnet werden soll. Die Beratungen im Reichsministerium werden sich daher hauptsächlich auf Vorfragen technischer und organisatorischer Art beziehen. Eine erhebliche Verstärkung der Reichsanwaltschaft ist selbstverständlich und wird vorbereitet. Drei neue Hilfsarbeiter sind bereits eingestellt. Weitere Beratungen werden erfolgen.

IV. Aus dem Haag, 23. Februar. Aus London wird gemeldet: Im englischen Oberhause lenkte Lord Parmour die Aufmerksamkeit des Hauses auf eine Reihe von Ausfahrungen von Sir William Ward über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitteleuropa. Diese Ausfahrungen seien nicht allein eine Folge des Krieges, sondern zum Teile eine Folge der unruhigen Bestimmungen des Friedensvertrages, wofür eine gründliche Revision nötig sei. Es bestehe die stetig wachsende und an Kraft zunehmende Ueberzeugung, daß der Versuch, den Friedensvertrag von Versailles in seiner ganzen Bruttalität durchzuführen, die Wiederherstellung des öffentlichen Lebens in Europa unmöglich machen würde, daß vielmehr eine dauernde Verelendung die Folge sein würde. Der frühere Vorkämpfer in Washington, Lord Bryce, erklärte, daß man den ersten Zustand in Europa und die Notwendigkeit, daß sofort durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, nicht übertrieben kenne. England sei mitverantwortlich für das Elend, das über Europa gekommen sei. Die Friedenskonferenz haben die Verhandlungen in einer Nachbestimmung geführt. Man habe nur daran gedacht, die unterlegenen Teile zu kränken. Das Ergebnis einer solchen Politik werde der Zusammenbruch Oesterreichs sein, dem sich dann unvermeidlich der Deutschlands anschließen würde. Lord Salton betonte, daß nicht aus Mitleid, sondern in Englands eigenem Interesse eine Aenderung des Friedensvertrages vorgenommen werden müsse.

Neues Entente-Material gegen die deutschen Kriegsbekundigten.

Frankfurt a. M., 23. Febr. Über die erste Sitzung der Internationalen Kommission zur Sichtung des Anlagematerials gegen die deutschen Kriegsbekundigten wurde keine amtliche Mitteilung übergeben. Auch glaubt „Savas“ zu wissen, daß zunächst eine bestimmte Anzahl von Fällen ausgewählt wurde, bei denen besonders eindruckendes Belastungsmaterial vorliegt. Diese Personalfakten sollen an erster Stelle der deutschen Regierung übermittelt werden.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland.
III. Stockholm, 23. Februar. Der Korrespondent der „Frankf. Zig.“ erzählt, daß Finland mit Polen wegen der baldigen Einleitung von Friedensverhandlungen mit Sowjet-Rußland in Fühlung getreten ist. In Helsinki ist als Vertreter der Sowjetregierung G. o. s. w. e. t. mit einer Kommission von 35 Mann eingetroffen. In Schweden haben sich 4000 Handwerker bereit erklärt, nach Sowjetrußland auszuwandern. Die Bewegung geht von sozialistischen Kreisen aus. Die Sowjet-Regierung soll bereit sein, den zurückbleibenden Familienmitgliedern eine Unterstützung von 4000 Rubel zu gewähren. Die bürgerlichen Blätter warnen jedoch lebhaft vor der Auswanderung.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Samstags in Cöln.

hingewiesen, daß die Erklärung des Kriegszustandes nötig wäre, um die Moral des Volkes, die stark im Rückgang wäre und die Arbeiten der Regierung erheblich erschwert, wieder zu heben.

Das Programm der Republikaner.
Der republikanische Staatskonvent nahm einstimmig das Programm, welches bei dem kommenden Präsidentschaftswahlkampf die Lösung der Republikaner sein soll, an. Das Programm spricht sich für die sofortige Ratifizierung des Friedensvertrages aus unter gleichzeitiger Abgabe der Erklärung, daß die Vereinigten Staaten sich das Recht des Austritts aus dem Bänderbund nach vorheriger ordnungsmäßiger Kündigung vorbehalten und die Verpflichtung zur Entsendung von Truppen ins Ausland nicht übernehmen.

Die hiesige Ortsgruppe des Allgemeinen Bankbeamten-Verbandes, die kaum einen Monat besteht, hat schon eine ansehnliche Mitgliederzahl. Eine gute Weiterentwicklung ist zu erwarten.

Im Schauspielhaus wurde am Sonnabend „Graf Habernicht“ erstmalig aufgeführt. Aren und Buchbinder haben sich in der Herstellung des Textes geteilt, aber besonders Unzöten sind ihnen dabei nicht erwachsen. Leon Gilberts flüssige Musik muß der Kompanongesellschaft schon über ihre Harmonisierungen hinweghelfen und noch mehr müssen es tüchtige Künstler tun, sonst kann es leicht vorkommen, daß zum Schluß wirklich nur der türkische Diener Wämed lacht, den übrigens Herr W. A. H. ganz nett verkörperte. Die Berliner sollen den Habernichtsrufen 300mal bewundert haben. Sie gaben damit kund und zu wissen, daß man an der Spree auch genügend sein kann. In unserer Operettenbühne bemühten sich die bekannten Kräfte, um dem Stille einen guten Ton zu geben. Als Gast wirkte Hans Behm on n n, mit dessen Frik Müller Form und Leben gewann. Seine Partnerin Hilba M ö b i u s (Lena) rief der Gast mit ins Feuer, das von ihr aber mitunter zu freischend geschürt wurde. Den baltischen Großgrundbesitzer stellte Herr S t r e h l e n w ä s t e r karikiert auf die Bühne. Herr T u g e l b e r g (Graf Kolmar) und Uiba von P a u l (desse Gattin Vera) suchten ihre sentimentalen Rollen nach besten Kräften zu beleben. Das nicht besonders gut besetzte Haus würdigte die Mühen der Künstler und spendete wiederholt lebhaften Beifall (Bachmann und Fr. Wöbige mußten Zugaben leisten). Zum Schluß verabschiedete die Begeisterung und mußte verlangen, weil die Librettisten ihren Witz gar zu fabel darreichten.

Mäusebekämpfung. Die ersten Vorführungstage im Februar und März sind die beste Zeit für die Bekämpfung der Feldmäuse. Als zuverlässigstes und preiswertestes Mittel empfiehlt sich zurzeit der Köpplerische Mäusephosphorsäure. Es sind in den letzten Jahren unter den verschiedensten Decknamen Mäusephosphorsäuren in den Handel gekommen. Die schlechten Erfahrungen, die teilweise damit gemacht worden sind, beruhen meist darauf, daß die Kulturen nicht mit der nötigen Sorgfalt bereitet oder nicht frisch genug sind. Um derartigen Mißerfolgen vorzubeugen, wird auf Veranlassung der staatlichen Pflanzenschutzstelle die Landwirtschaftskammer am 28. Februar eine Sammelbestellung auf frische, zuverlässige Phosphorsäuren aufgeben. Es wird dringend allen Landwirten empfohlen, diese Gelegenheit zur Bekämpfung der Feldmäuse wahrzunehmen und ihren Bedarf an Mäusephosphorsäuren bei der Landwirtschaftskammer scheinigst anzumelden, da der Schaden, den jede Maus mit ihrer Nachkommenschaft im Laufe des Sommers verursacht, sehr groß ist. Bei der Bestellung wird am besten die Fläche angegeben und die Stärke des Befalles. Die Kulturen werden von der Landwirtschaftskammer zum Selbstkostenpreis abgegeben. Die Kosten pro Morgen betragen etwa 1,50 Mk.

Stadttheater. Heute, Montag, abends 8 Uhr, findet im Marmoraal ein Vortrag des Kapellmeisters M a n n h a e d t über „F a l s a f f“ statt. Sonnabend, 28. Februar, 4 1/2 Uhr, findet ein Vortrag von Joachim Bellacini: „Der Mensch vor 100 000 Jahren“ statt. Abends 7 Uhr wird der hier von früher in guter Erinnerung stehende Heldensänger Helvoirt P e e l ein einmaliges Gastspiel als Telramund in „Lohengrin“ geben.

Eine Million Mark Schmiegelder. Ermittelt und festgenommen wurde ein Fabrikbesitzer aus Berlin, der seitens der Staatsanwaltschaft in Hannover wegen Betruges feldbriefflich verfolgt wurde. Der Festgenommene wird beschuldigt, in seiner Eigenschaft als Leiter einer Kriegsverwertungs-Gesellschaft Schmiegelder in Höhe von über 1 Million Mark angenommen zu haben.

Gartendiebe. Festgenommen wurde ein in Falkenhufen wohnhafter Arbeiter, der überführt und geständig ist, in Gemeinschaft mit einem in der Rakeburger Allee wohnhaften Arbeiter die in letzter Zeit in den Roten-Kreuz-Gärten in der Rakeburger Allee begangenen Diebstähle ausgeführt zu haben. Die Beschuldigten hatten nicht allein Gartengeräte wie Spaten, Hacken, Hacken und Kleidungsstücke zu stehlen, sondern sie haben auch jung angepflanzte Obstbäume aus der Erde gerissen, um diese für sich zu verwenden. Ein großer Teil der auf diese Weise gestohlenen Sachen konnte herbeigeschafft und den Besitzern wieder zurückgegeben werden.

Bunpandiebe. Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter und ein Arbeiter aus Davos, die gemeinschaftlich in den Speichern eines Produzentenhandlers in der siebenten Querstraße gestohlen waren und aus denselben drei Ballen Wollumpen gestohlen hatten. Einen dieser Ballen hatten die Diebe bei einem in der Mittelstraße wohnhaften Produzentenhandler verkauft.

Diebstahls Kleblatt. Festgenommen wurde eine Schneiderin aus Hamburg, ein Kaufmann aus Altona und ein Artist aus Riga wegen Diebstahls. Alle drei waren von Hamburg hier zugereist, wahrscheinlich, um hier wohlvorbereitete Diebstähle auszuführen, wie solche früher schon von Spezialisten ihrer Art begangen sind. Die drei beschuldigten nämlich einen Schneider, ließen sich von diesem Anzugstoffe zur Auswahl vorlegen, um sich angeeignet einen Anzug fertigen zu lassen. Dieses Manöver war aber nur Vorwand, um Gelegenheit zu einem Diebstahl zu suchen. Diebstahl fand sich aus insofern, als es dem einen Besteller gelang, ein Stück wertvollen Anzugstoffes in seine mitgeführte Handtasche zu schwinden zu lassen. Der von einem früheren Diebstahl gewähnte Schneidermeister kam aber hinter die Schliche des Kleblattes und veranlaßte deren Festnahme.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Hamburg, der versuchte, hier mehrere Apatagessätze wie Messer, Gabel, Löffel, etc. zu verkaufen. Er will die Sachen einer in Kiel wohnhaften Tante gestohlen haben. Diese Angaben lauten aber unglaubhaft, vielmehr ist anzunehmen, daß die Sachen von einem anderen Einbruchsdiebstahl herrühren. — Festgenommen wurde ein Buchhalter eines hiesigen Kaufmannes. Der Festgenommene steht in dem dringenden Verdacht, drei Berliner Händler 120 Trommeln Karbid durch gefälschte Auslieferungsscheine in die Hände gespielt zu haben, die für den Inhaber auf der Teerhofsinsel lagerten. Der Karbid wurde von den Berliner Händlern an zwei hiesige Jahrbändler verkauft.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Großfeuer auf der Germania-Werft in Kiel. In der Krupp'schen Germania-Werft brach Sonnabend abend ein Großfeuer aus. Ein Gebäude, in dem das Werkzeug, Geräte und Maschinen, sowie das Armaturenlager sich befanden, ist niedergebrannt. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt.

Flensburg. Geisbüß und auf Sylt. Berling'sche Tidende bringt aus Flensburg folgende, noch der Bestätigung harrende Meldung: Die Internationale Kommission fand auf der Insel Spil dieser Tage fünf vollkommen gebrauchsfähige deutsche Batterien auf gemauerter Unterlage. Diese Batterien umfassen nicht weniger als 42 Geschütze und 10 Maschinen-geschütze. Die Insel soll jetzt eine englische Garnison haben.

Flensburg. Für eine gerechtere Grenzregulierung, die sogenannte Liede-Linie, fand am Sonntag eine große Demonstration statt. Ledner aller Parteien sprachen. Aus Hamburg traf ein Telegramm ein, daß 5000 Stimmendurchrechte herbeigeführt werden, um im Kampf um die Heimat ihren Mann zu stehen. Insgesamt zählt Flensburg 42 000 Abstammungsbe-rechtigte.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 23. Februar.

Die Not der Zeitung.

Der Zeitungsverlegerverein Nordwestdeutschlands hielt kürzlich in Bremen eine Hauptversammlung ab, die außerordentlich stark aus allen Teilen seines Gebietes, das sich von Braunschweig bis an das Meer erstreckt, besucht war. Galt es doch, den immer stärker drohenden Gefahren des Zeitungsgewerbes zu begegnen und Beschlüsse zu fassen, die dem einzelnen ermöglichen sollen, einen Ausgleich für die im Einklang erfolgenden Mehrbelastungen seiner Herstellungskosten zu finden. Unter diesen spielt der Papierpreis heute entgegen früherer Zeit, eine besonders wichtige Rolle. Einem um 1000 Prozent gestiegenen Papierpreis vermögen die Zeitungen nicht die entsprechenden Entnahmen an Inserat und Abonnement gegenüberzustellen. Insbesondere sind es die Bezugspreise der Zeitungen, die gegenüber der Leuerung auf allen Wirtschafts- und Arbeitsgebieten weit zurückgeblieben sind. Dazu kommt die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Auch eine ganz außerordentlich starke Erhöhung der Farbendruckpreise hat Platz gegriffen und die Zeitungen werden überdies noch durch die neue Anzeigensteuer auf das stärkste belastet. Wenn heute von einer drückenden Notlage des Zeitungsgewerbes gesprochen wird, so liegen hier schwerwiegende Tatsachen zugrunde. Einstimmig nahm daher die Versammlung eine Entschliessung dahin an, daß mit der Erhöhung der Bezugspreise in dem bisherigen Maße für ferner nicht auszukommen sei, sondern daß eine ganz erhebliche Verteuerung eintreten müsse, soll das Zeitungsgewerbe nicht zugrunde gehen. Durch die erstrebten reichsgesetzlichen Maßnahmen zur Senkung der Papierpreise läßt sich das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben der Zeitungsverlage allein nicht wiederherstellen, vielmehr muß die Selbsthilfe der Verleger unter Leitung ihrer Berufsorganisationen das Ihrige tun. Bisher bezahlen die Abonnenten lediglich das Papier ihrer Zeitung. Daß dies ein ungesunder, auf die Dauer unhaltbarer Zustand ist, ergibt sich von selbst. Die politischen Blätter kommen bei den heutigen Verhältnissen gegenüber den Inseratenplantagen immer mehr ins Hintertreffen. In unserer heutigen bewegten Zeit muß jeder aufrechte Mann ein Interesse an der Erhaltung des Blattes seiner Parteilichung haben. Dies gilt in besonderer Weise von der sozialdemokratischen Presse. Die Kapitalisten gehen drauf und dran, die ihr gefügige Presse ganz und gar zu beeinflussen oder völlig aufzukäufen. Dann glauben sie freie Bahn für ihre Zwecke zu haben. Dem muß entgegengetreten werden. Geschehen kann dies nur, wenn jeder Arbeiter, jeder Gewerkschaftler, jeder Angestellte, jeder Sozialdemokrat das Blatt liest und unterstützt, das seine Interessen konsequent und mit Nachdruck vertritt. Das ist einzig und allein die sozialdemokratische Presse, für unsern Bezirk der „Lübecker Volksbote“.

Eine Bankbeamten-Versammlung.

Die vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten einberufenen, tagte am Sonntag vormittag in den „Zentralhallen“ Herr Kollerbohm in Hamburg berichtete über die Reichsstarifverhandlungen. Er betonte zunächst, daß die sogenannten gelben Verbände infolge der Revolution sich wohl äußerlich den Namen „Gewerkschaft“ beigelegt hätten, innerlich seien sie aber die Harmonieverbände geblieben, die sie früher waren. Die bisherigen Tarifabschlüsse verdanke man hauptsächlich der Erziehungsarbeit des Allgemeinen Bankbeamten-Verbandes, der auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehe. Dann erläuterte der Redner die Hauptpunkte des Reichsstarifs, worüber im Schlichtungsausschuß in Berlin gegenwärtig verhandelt wird. Ueber den von den Bankleitungen eingereichten Tarif seien Verhandlungen abgelehnt worden, weil dieser zu schlecht gewesen sei. Nach diesem Manifestar wäre die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den einzelnen Orten überlassen geblieben. Dem könne man nicht zustimmen. Das Reichsarbeitsministerium, dem man nach Abbruch der Verhandlungen die Sache übertragen habe, hätte den Schlichtungsausschuß berufen. Dieser habe den Manifestar verworfen und dem Reichsstarif mit Ortsklasseneinteilung zugestimmt. Trotz mehrfacher Verhandlungen sei die Gehaltsfrage und die Frage der Teuerungszulage noch nicht erledigt worden. Man rechne damit, daß das Schlichtungsgericht am Mittwoch zusammentrete und spätestens am Sonnabend den Schiedspruch fälle. Die Vertreter der Banken hätten in fast allen Punkten nur wenig Entgegenkommen gezeigt. Beabsichtigt sei ein Existenzminimum — genannt sind bisher 9000 Mk. — festzusetzen und darauf die Gehalts-erhöhungen und Zulagen aufzubauen. Die weitläufigen Angelegtheiten müßten bei gleichwertiger Leistung den gleichen Lohn wie die männlichen Angestellten erhalten. Das im Betriebsvertrage enthaltene Mitbestimmungsrecht der Bankbeamten sei ungenügend, wovon auch der Schlichtungsausschuß überzeugt worden sei. Das in Berlin bestehende weitergehende Mitbestimmungsrecht müsse überall eingeführt werden. Die Einholung der Geschäftsbesitzerentscheidungen sei ja beabsichtigt, die Personalfakten würden aber weitergeführt. Nur eine mündliche Auskunft über den Inhalt dieser Akten sei bisher gnädigst gewährt worden. Reale Beschränkung der Bankbeamten, insbesondere auch die Beschränkung der Koalitionsfreiheit müsse aufgehoben.

Herr Soehne in Hamburg wies in längerer Rede u. a. nach, daß der Allgemeine Bankbeamten-Verband im Gegensatz zum D. B. V. allein wirkungsvoll die Interessen der Bankbeamten vertrete. Alle Ausschüsse beständen fast ausschließlich aus Mitgliedern des Allgemeinen Verbandes. Die Wahlen zu den Bezirksräten würden daselbst Bild zeitigen. Angst und Standesdünkel hinderten viele an der würdigen und energischen Vertretung ihrer Interessen. Der D. B. V. habe bisher nichts für die Verbesserung der Lage der Bankbeamten getan, weil es ihm an Mut dazu fehle. In Hamburg hätte der Allgemeine Verband trotz seines kurzen Bestehens 2000 Mitglieder, während der D. B. V. nur etwa 1000 Mitglieder zähle. (Zuruf: Sie haben nur Kassenboten und Damen!) Dieser Zuruf gab dem Redner Gelegenheit den Standesdünkel der Mitglieder des D. B. V. ins rechte Licht zu rücken. Das wahre und würdige Standesbewußtsein, so führte er weiter aus, bestehe nicht in Angst, Demütigung oder Hochmütigkeit, sondern darin, daß man Rückrat besitze, um Unwürdigkeiten abzuwehren und die berechtigten Berufsinteressen höflich, aber entschieden zu vertreten.

Von den anwesenden Vertretern der gegnerischen Verbände meldete sich trotz wiederholter Aufforderung niemand zum Wort. Erst beim Schlusswort des Referenten fanden einige dieser Herren den Mut zu Zwischenrufen. Als dann über die Entschliessung abgestimmt werden sollte, konnten einige Gegner ihre demagogische Gesinnung und ihre geringe parlamentarische Kenntnis nicht verhehlen. Ihr Redner war wenig rühmlicher Art. Schallendes Gelächter erfolgte, als einer dieser Herren erklärte, die Ent-

Der Herings-Import-Gesellschaft m. b. H. in Lübeck haben wir heute für den Pfundpreis von **80 Pfg.**

20000 Pfd. grüne Heringe

übergeben und vereinbart, daß diese Heringe

ausschließlich für die Lübecker Bevölkerung zu Räucherware verarbeitet u. geliefert werden.

Verschiedene Vorkommnisse überzeugten uns, daß es dem Landesversorgungs-Amt nicht möglich ist, eine Verschiebung der von uns für Lübeck gelieferten Fische zu verhindern. Daher richten wir an den Lübecker Fischhandel die Bitte, in der Versorgung Lübecks mit Räucherware ehrlich mitzumirken: unverhältnismäßige Bevorzugung einzelner Kunden zu vermeiden, vielmehr für eine entsprechende Verteilung der Räucherware zu sorgen und den Verkauf der fraglichen Räucherware nach auswärts auszuschließen.

Travemünde, den 21. Februar 1920.

Lübecker Fischergemeinschaft

e. G. m. b. H.

C. Dose.

Ellersief.

13408

Lübecker Genossenschaftsbäckerei

e. G. m. b. H.

Kopfläuse

nebst Brut, Radikalmittel. Zu haben Fr. Kröger, Weg 13380 bei Fr. Lender, eidigt Kammerjäger, Alster 3. L.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

13414

3. Distrikt

Versammlung

am Donnerstag, dem 26. Febr., abds. 7 1/2 Uhr, im Lokale Fr. Lender. (Zw. Schwarz. Dohle), Hundestr. 41. Vortrag des Genossen Alfred Dreiner über das Betriebsrätegesetz

Wahl des Zutrittsführers und der Bezirksführer. Zahlreiches und würdevolles Erscheinen erwünscht. (13414) Emil Rose, Zutrittsführer.

Lederwaren

DAMEN-HANDTASCHEN

moderne Formen in guten Lederqualitäten mit Ia. Stofffutter

39,— 49,— 59,—

LEDER-GELDBORSEN

für Damen und Herren
14,75 19,75 29,75

BRIEF- u. BANKNOTEN TASCHEN

in großer Auswahl
23,75 29,00 39,00

REISE-KOFFER REISE-TASCHEN UND NECESSAIRES

in hervorragend guten Qualitäten

Papierwaren

BRIEF-MAPPEN

25 Bogen mit passenden Umschlägen
1,25 1,75 2,25

BRIEF-BLOCKS

Quart- und Oktav-Format
1,75 3,25 4,90

PAPIER-SERVIETTEN

weiß und weiß mit bunter Kante
100 Stück 3,75

BRIEF-KASSETTEN SCHREIBZEUGE BRIEFOFFNER PETSCHAFFE

in großer Auswahl.

HOLSTENHAUS

LÜBECK

Ordentliche Generalversammlung

am Dienstag, dem 24. Februar 1920 abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1918.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen. Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Reingewinns.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Neuwahl zweier Aufsichtsratsmitglieder.

In dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Anteilsscheine legitimieren können.

NB.: Die Bilanz sowie die Jahresrechnung liegen vom Montag, dem 16.—24. Februar 1920 im Eingang der Genossen im Geschäftslokal, Köpferweg 65 aus.

13397

Der Vorstand.

Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele

Telephon 8698. Johannisstr. 25. Nur 3 Tage.

Die Zauberin am Stein.

Sollendrama in 5 Akten von Franz Nissel.

Das Hexlein von Groß-Tornau.

Seelenkämpfe einer Frau in 4 Akten von Le Bergner.

In der Hauptrolle die rühmlichst bekannte und beliebteste Künstlerin Lotte Neumann.

Der Teufelshaken.

Lustspiel.

Zu jedem Film erstklassige, sinnesentsprechende Musik. (13414)

Rathsfeldsches Pulver

schwebelbehaltendes Blatreinigungs-Pulver seit alterer Zeit erprobt und mit Erfolg angewandt bei Sichts- und Rheuma, Magenverdaunungsbeschwerden, Nieren- und Blasenleiden, Gicht- und Gichtanfallsgefahr, Hautjucken, Gichtgeschwunden und Scherleiden. Spezial 4.—M. Versand: Grüne Koppel, Lübeck.

Stadthallen

Lichtspiele
Mühlentor 13

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz
Ab 20.—26. Februar 1920:

Der Tempelräuber

Schauspiel in 6 Akten.

Beschaffer und Spielleiter: Heinz Karl Heiland.

In den Hauptrollen: Harry Liedtke, Bruno Decarli.

Mit dem Schicksal versöhnt.

Drama in 4 Akten.

Nach dem Roman von K. Anzengraber.

Die Briefe d. schönen Klothilde

Lustspiel.

13392

Aufführungszeiten: 4—7 Uhr und 7—10 Uhr.

Luisenlust

Telephon: 8170.

13390

Abend: Großes Tanzfränzchen. Anfang 6 Uhr.

Sonntag: Ball. Anfang 7 Uhr.

FLEDERMAUS.

Kabarett-Diele. Flinthausen 17/19.

10 Letzte Woche der Februar-Attraktionen!

Dienstag, 24. Febr., abends 8 Uhr

Grosser Ehrenabend für HADGES u. BILLER

das berühmte mondäne Tanzpaar in ihren neuen Tänzen.

Mittwoch, den 25. Februar, nachm. 4 Uhr:

Wohltätigkeits-Tea

zum Besten der heimgekehrten verwundeten Kriegsgelassen. (13381) Besonders gewähltes Programm. Eintritt 2 Mk.

Zentralhallen

Morgen Dienstag:

(13405)

Großes Tanzfränzchen.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

11. Distrikt

Versammlung

am Mittwoch, d. 24. Febr., abends 7 1/2 Uhr,

im Lokale „Luisenlust“, Luisenstr. 1.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen August Schulz.

Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig. Die tätigen Genossen werden hieran ganz besonders eingeladen. (13393)

Wilh. Schoof, Distriktsführer.

Deutscher

Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der Kohlenafford-, Kohlenplatarbeiter und Antifer

am Dienstag, dem 24. Februar abends 7 1/2 Uhr

im Lokale von Friedr. Lender, Hundestr. 41.

Tagesordnung: Innere Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden. (13404) Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde in Lübeck.

(13401) Montag, den 1. März 1920 7 1/2 Uhr im Stadttheater.

6. Symphonie-Konzert

Dirigent: Franz v. Hossellin. Mitwirkend: 80 Knaben der Gymnasien.

Weber, Euryanthe, Brauntels, „Ammenuh“ (Uraufführung), Beiloz, „Phantastische Symphonie“.

Vorverkauf Dienstag, 24. 2., nachm. 4—5 Uhr und die folgenden Tage zu den üblichen Kassenstunden an der Theaterkasse.

Hansa-Theater

13400 Montag, Dienstag, Mittwoch:

Graf Habenichts.

Operette von Gilbert. Hans Bechmann a. G.

Donnerstag: Gastspiel

Die Büchse der Pandora.

Stadttheater Lübeck

(13394) Montag, den 23. Februar: Marmorsaal, Anfang 8 Uhr.

Vortrag: Falstaff v. Kapellmeister Karl Mannstaedt.

Preise der Plätze Mk. 2.— und Mk. 1.—

Dienstag, den 24. Februar: 22. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

Das Rheingold.

Mittwoch, den 25. Februar: 21. Vorst. im Mittwoch-Abonnement.

Der Bund der Jugend.

Donnerstag, d. 26. Febr.: Anfang 6 1/2 Uhr.

Faustzyklus. Weisse Karten (Nicht Schüler)

Vortrag. Hierauf

Der wundervollste Mann

Gegen Ungarns Henker!

In den ersten Tagen des März soll in Budapest ein Handgerichtlicher Prozeß beginnen, in dem 21 Mitglieder der vormaligen Käteregierung als Angeklagte erscheinen werden. Der Oberstaatsanwalt Dr. Barn und der Staatsanwalt Dr. Acel haben öffentlich erklärt, die Regierung habe die Absicht, sämtliche Angeklagte ohne Ausnahme dem Henker zu überliefern.

Es handelt sich nicht etwa um eine Horde von Abenteurern, die dem eingetretenen Umschwung zu eigensüchtigen Zwecken mißbrauchten, sondern in der Hauptsache um alte Kämpfer der Sozialdemokratie, die ihre Pflicht zu tun glaubten, indem sie die losgebroschene Bewegung nicht sich selber überließen, sondern sie von blinden Gewalttaten abzuhalten und zu nützlichen Zielen hinzuführen versuchten. Die Beteiligung dieser Genossen an einem bolschewistischen Experiment mag ein politischer Fehler gewesen sein, sicher aber war sie kein Verbrechen, sondern eine den lautersten Motiven entsprungene Handlungsweise. Für sie sollen sie nun auf Geheiß einer tobköpfig gewordenen Reaktion mit dem Tode bestraft werden.

Unter anderem werden in dem Monsterverfahren folgende bekannte Genossen abgeurteilt:

Peter Agoston, Professor an der Rechtsakademie in Großwardein, vormaliger Staatssekretär für Justiz und später Volkskommissar für Justizwesen. Seit 25 Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Auf Wunsch der Ententevertreter in Wien ließ er nach dem Sturz der Käteregierung in der ihr folgenden Regierung Weidl. Er konnte nicht flüchten und soll nun dafür mit seinem Leben büßen!

Desider Bokanyi, Obmann des Bauarbeiterverbandes, seit 30 Jahren Mitglied des Parteivorstandes. Während der Käteregierung Volkskommissar für Volkswohlfahrt.

Josef Haubrich, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, seit zwei Jahrzehnten dessen Vorstandsmittglied, Volkskommissar für Heerwesen, Stadtkommandant von Budapest, dessen Energie es zu verdanken ist, daß nutzloses Blutvergießen vermieden wurde. Auf Wunsch der Ententevertreter blieb auch er nach dem Sturz der Käteregierung in Budapest.

Heinrich Kalmay, Redakteur der Budapest „Volksstimme“, Führer seit 25 Jahren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Ungarn.

Oskar Faber, Professor, ein Vorkämpfer der antiflerikalen Bewegung in Ungarn, Kommissar für die Liquidierung der Kirchenvermögen.

Dr. Alexander Szabados, vormaliger Redakteur der „Nepszava“, derzeit Sekretär der Landesarbeiterkrankenkassen, Volkskommissar für Propagandawesen.

Ignac Bogar, Sekretär des Buchdruckerbeiterverbandes, Präsident des Arbeiter- und Soldatenrats.

Die Verfolgung dieser Männer und ihrer Schicksalsgefährten widerspricht einem Abkommen, das Ende Juli 1919 in Wien zwischen einem Vertreter Ungarns und den Vertretern der Entente abgeschlossen wurde. In jenen Verhandlungen waren beteiligt: auf der einen Seite der vormalige ungarische Armeekommandant Böh, auf der anderen Seite Oberst Cunningham, Chef der englischen Militärmission, Prinz Borghese, Chef der italienischen Mission, Kapitän Gregory, Chef der amerikanischen Mission und der französische Gefandte Allize. Die Ententevertreter stellten die Bedingungen fest, unter denen Frieden mit Ungarn geschlossen werden sollte. Es waren die folgenden:

1. Die Regierung Kun demissioniert, an deren Stelle wird eine Regierung aus sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertretern ernannt. Es wäre wünschenswert, wenn die Sozialdemokraten Garami, Agoston, Haubrich und Böh — die drei letzten waren auch Mitglieder der Käteregierung — in die neue Regierung eintreten würden.

2. Das bolschewistische Regime und die bolschewistische In- und Auslandsagitation sind einzustellen.

3. Die konstituierende Regierung wird nur als Uebergangsstadium betrachtet und ist verpflichtet, sobald als möglich die Regierung umfassen und die Vertreter der Parteien der Bauern und Bürger in der Regierung aufzunehmen.

Alle terroristischen Handlungen, Konfiskationen und Beschlagnahme von Privateigentum sind einzustellen.

4. Ein Rat aus Ententefachleuten wird der neuen Regierung zum Aufbau des wirtschaftlichen Lebens beigelegt.

5. Die Blockade wird aufgehoben; die Ententemächte werden sofort alle Maßregeln ergreifen zur Belieferung von Lebensmitteln, Rohstoffe und Rohmaterial; der Donauverkehr wird unverzüglich eröffnet.

6. Alle politischen Verfolgungen — sowohl nach rechts wie nach links — sind sofort einzustellen.

7. Ueber den Umfang der Sozialisierung wird die von allen Parteien ernennende Regierung endgültig entscheiden.

Am 6. August verhaftete eine Handvoll Offiziere und Polizisten unter dem Schutze der rumänischen Bajonette die Regierung Weidl und setzte eine bürgerliche Regierung ein. Und nun begann das Wüten des weißen Schreckens.

Es wurden 50000 Männer und Frauen interniert, weitere 15000 verhaftet, über 30 Menschen wurden gerichtlich hingerichtet, außerdem über 50000 Leute von den Offizieren ohne jede gerichtliche Verfahrungsform ermordet. Täglich werden 30 bis 40 Urteile mit 5 bis 20 Jahren Kerkerstrafe gefällt.

Am 1. August meldete Böh, daß alle Bedingungen der Entente angenommen seien. Die Regierung Bela Kun hatte abgedankt, die sozialdemokratische Regierung Weidl war gebildet worden, die den Terror abschaffte, die Konfiskationen einstellte, mit den Bürgerlichen über eine Koalition verhandelte und alle politischen Gefangenen sofort freiließ. Was war die Antwort der Reaktion?

Jetzt soll, in den ersten Märztagen, die Elite der ungarischen Arbeiterbewegung dem Scharfrichter überliefert werden. Das Wiener Komitee der ungarischen Emigranten richtet aus diesem Anlaß an die Sozialisten aller Länder, besonders der Ententeländer, einen flammenden Aufruf, dem die in den vorstehenden Sätzen enthaltenen tatsächlichen Angaben entnommen sind. Es erinnert die Entente an die Ende Juli beiderseits übernommene Verpflichtung, alle politischen Verfolgungen einzustellen, und fordert, auf dieses Abkommen gestützt, Sühne für die wehrlosen Opfer einer sinnlos wütenden Henkerpolitik. Es ist die Pflicht der sozialistischen Presse aller Länder, einer Stimme der Menschlichkeit Gehör zu verschaffen.

Mögen aber auch in Deutschland die entsetzlichen Erfahrungen der ungarischen Genossen die Erkenntnis schärfen, daß aus dem Zusammenprall des roten und des weißen Terrors der Arbeiterklasse kein Heil erblickt! Lernt von Ungarn und seid gewarnt!

Der „unabhängige“ Bürgermeister als Selbstverfolger.

ABC. Einer der ersten „unabhängigen“ Bürgermeister in Mitteldeutschland war ein Herr Geride in Hettstedt (Südharz). Herr Geride, ein noch reichlich jugendlicher Herr, wurde bald nach der Revolution von seinen Anhängern zum Bürgermeister von Hettstedt erkoren. Die „unabhängigen“ erwarteten große Dinge von ihm. Er sollte die erste „wirklich moderne“ Stadtverwaltung einrichten, die in jeder Hinsicht den Wünschen der U. S. P. D. entsprach. Wie Herr Geride seine Aufgaben ausführte, hat die jüngste Vergangenheit ans Tageslicht gebracht.

Der „unabhängige“ Bürgermeister ließ sich von dem zuständigen Stadtschreiber die Schlüssel zu dem städtischen Lebensmittelager nach Dienstschluß Tag für Tag auszuhändigen. Abdann machte er in den Abend- und Nachtstunden Besuche in diesem Lager, um sich „selbst zu verzorgen“. So verschwand größere Mengen Butter und andere Lebensmittel. Nächstentziehe übte er dadurch, daß er seine brüderliche Liebe, dem Gemeindevorsteher von Klostermannsfeld, zu diesen einträglichen Aktivitäten des Lebensmittellagers aufforderte. Als er schließlich noch versuchte, den Stadtschreiber ins Vertrauen zu ziehen, kamen die Betrügereien und Unterschlagungen ans Tageslicht.

Als die „unabhängigen“ Herren wieder von einem Besuch des Lebensmittellagers kamen, sollten sie von dem örtlichen Polizeiwachtmeister festgenommen werden. Herr Geride berief sich darauf, daß er der Polizeichef des Ortes sei und drohte seinerseits, den Polizeiwachtmeister verhaften zu lassen. Zugleich hatte er die Stirn, in den Hettstedter Zeitungen jedermann mit Beleidigungsklagen zu bedrohen, der weiterhin etwas über die Lebensmittelbesuche erzählen würde.

Inzwischen hat sich aber anscheinend herausgestellt, daß die Unterschlagungen einen noch weit größeren Umfang angenommen haben, und so erfolgte am Mittwoch dieser Woche die Verhaftung des Bürgermeisters und seines Bruders durch die Staatsanwaltschaft in Halle und die Einlieferung der beiden in das Untersuchungsgefängnis in Halle am Donnerstag.

Eine am Mittwoch stattgefundene Versammlung in Hettstedt, in der die Angehörigen der U. S. P. D. das Verhalten ihres Bürgermeisters beschönigen wollten, nahm einen sehr stürmischen Verlauf, so daß die „unabhängigen“ Redner schleunigst das Weite suchen mußten.

Man darf gespannt darauf sein, wie die Tätigkeit der ersten „unabhängigen“ Bürgermeisters in Mitteldeutschland in allen Einzelheiten aussieht!

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 23. Februar.

Zur Tarifbewegung der Binnenschiffer.

Um die für dieses Frühjahr bevorstehende Tarifbewegung der Binnenschiffer möglichst auf friedlichem Wege, ohne Arbeitseinstellung zu erledigen, hat der Verband der Binnenschiffer eine Denkschrift über die in der Binnenschiffahrt Beschäftigten herausgegeben, die den Arbeitgebern, dem Reichsarbeitsministerium und sonstigen interessierten Kreisen zur Orientierung überhandt worden ist. Einleitend wird in der Denkschrift auf die bestehenden Verhältnisse in der Nacht- und Sonntagsruhe, in der Bemannungs- und Logisfrage, sowie im Löh- und Ladewesen hingewiesen.

Der aufgestellte Tarifentwurf enthält folgende Hauptforderungen: 1. Arbeitszeit. Diese soll täglich 8 Stunden betragen und in die Zeit von morgens 7 Uhr bis abends 5 Uhr fallen. 2. Die Nachtruhe beträgt 12 Stunden und fällt in die Zeit von 5 Uhr nachmittags bis 7 Uhr morgens. 3. Sonntagsruhe ein. Sie währt 36 Stunden für die gesamte Besatzung. 4. Löhne. Der Wochenlohn beträgt: Für Kapitäne, Maschinisten 220 Mt., für 1. Dampfersteuerleute, Kahnsteuerleute 200 Mt., für 2. Dampfersteuerleute 190 Mt., für 1. Heizer (Elschiffahrt) 190 Mt., für Bootsleute, Heizer 180 Mt., für jugendliche Mannschaften im 1. Jahr 70 Mt., für jugendliche Mannschaften im 2. Jahr 80 Mt., für jugendliche Mannschaften im 3. Jahre 110 Mt. Bei weiter steigender Teuerung wird eine entsprechende Teuerungszulage verlangt. 5. Ueberstunden werden mit 5 Mt. pro Stunde vergütet. 6. Löh- und Ladearbeiten sollen beauftragt, nicht aber von den Schiffsmanschaften ausgeführt werden. Ausnahmen finden an den Zwischenstationen gegen besondere Entschädigung von 2,50 Mt. die Stunde statt. 7. Bemannungsfrage. Die Bemannung soll vollständig sein und den strompolizeilichen Vorschriften entsprechen. 8. Logisfragen. Der Ausbau der Logis soll nach hygienischen Grundsätzen ununterbrochen erfolgen. Wo durch Verordnungen Feuer und Licht zu brennen verboten ist, wird eine Entschädigung von 8 Mt. pro Mann und Tag gefordert. In den besonderen Bestimmungen wird u. a. für Mannschaften, die bei Handarbeiten beschäftigt werden, ein Extralohn von 5 Mt. pro Mann und Stunde verlangt. Eine Verständigung über diese Forderungen wird besonders dadurch erschwert, daß die Arbeitgeber in der Binnenschiffahrt sich nach wie vor weigern, mit dem Verband der Binnenschiffer zu verhandeln. Es steht zu befürchten, daß es allein schon wegen der Vertretungsfrage zum Streit kommen kann.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Monat Januar 1920. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 31. Dezember 1919: 114 656 Einwohner. Im Januar kamen 55 durch Geburtenüberschuß und 269 durch Wanderung hinzu, so daß die Einwohnerzahl sich um 314 vermehrte und am 31. Januar 1920 114 970 betrug. Die natürliche Bevölkerungsbe-

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

In unserem zu dem früher herzoglichen Schlosse gehörigen, seit Menschengedenken aber ganz vernachlässigten „Schloßgarten“ waren schon in meiner Knabenzeit die einst im altfranzösischen Stile angelegten Hagebuchenhecken zu dünnen, gelblichgrünen Alleen ausgewachsen; da sie indessen immerhin noch einige Blätter trugen, so wiesen wir Hiesigen, durch Laub der Bäume nicht verdröhnt, sie gleichwohl auch in dieser Form zu schätzen; und zumal von uns nachdenklichen Leuten wird immer der eine oder andere dort zu treffen sein. Wir pflegen dann unter dem dürftigen Schattens nach dem sogenannten „Berg“ zu wandeln, einer kleinen Anhöhe in der nordwestlichen Ecke des Gartens oberhalb des ausgebrochenen Bettes eines Fischteiches, von wo aus der weitesten Aussicht nichts im Wege stand.

Die meisten mögen wohl nach Westen blicken, um sich an dem lichten Grün der Marschen und darüber hin an der Silberflut des Meeres zu ergötzen, auf der das Schattenpiel der langgestreckten Insel schwimmt; meine Augen wenden unwillkürlich sich nach Norden, wo, kaum eine Meile fern, der graue, spitze Kirchturm aus dem höher gelegenen, aber den Küstentende aufragt; denn dort liegt eine von den Stätten meiner Jugend.

Der Pastorsohn aus jenem Dorfe besuchte mit mir die „Gelehrtenschule“ meiner Vaterstadt, und unzählige Male sind wir am Sonnabendnachmittage zusammen dahinausgewandert, um dann am Sonntagabend oder Montags früh zu unserem Nepos oder Vater zu unserem Cicero nach der Stadt zurückzukehren.

Es war damals auf der Mitte des Weges noch ein gut Stück angebrochener Heide übrig, wie sie sich einst nach der einen Seite bis fast zur Stadt, nach der anderen ebenso gegen das Dorf erstreckt hatte. Hier summten auf den Blüten des duftenden Heidekrautes die Inmen und weißgrauen Hummeln, und rannie unter dessen dünnen Stengeln der schöne, goldgrüne Laufkäfer; hier in den Duftwolken der Erten und des harigen Gagestrauchschwebten Schmetterlinge, die nirgends sonst zu finden waren. Mein ungeliebter dem Elternhause zustrebender Freund hatte oft keine Liebe Möbi, seinen träumerischen Genossen durch all die Herrlichkeiten mit sich fortzubringen; hatten wir jedoch das angebaute Feld erreicht, dann ging es auch um desto munterer vorwärts, und bald, wenn wir erst den langen Sandweg hinaufwaten, erblickten wir auch schon über dem dunklen Grün einer Fliederhecke den Viebel des Pastorhauses, aus dem das Studierzimmer des Pastors mit seinen kleinen, blinden Fensterscheiben auf die bekannten Wege hinabarrüfte.

Bei den Pastorleuten, deren einziges Kind mein Freund war, hatten wir allezeit, wie wir hier zu sagen pflegen, fünf Quartier auf der Elle, ganz abgesehen von der wunderbaren Naturalschöpfung. Nur die Silberpappel, der einzige hohe und also auch einziger verlodende Baum des Dorfes, die ihre Zweige ein gut Stück oberhalb des bemoosten Strohdaches rauschen ließ, war gleich dem Apfelbaum des Paradieses uns verboten und wurde daher nur heimlich von uns erklettert; sonst war, soweit ich mich entsinne, alles erlaubt und wurde je nach unserer Altersstufe meistens von uns ausgeüht.

Der Hauptausgangspunkt unserer Taten war die große „Priesterkoppel“, zu der ein Pförtchen aus dem Garten führte. Hier wuchsen wir mit dem den Waben angeordneten Instinkte die Nester der Lerchen und der Graumauern aufzuspüren, denen wir dann die wiederholtesten Besuche abtatteten. Am nachzugehen, wie weit in den letzten zwei Stunden die Eier oder die Jungen nun gedeihen seien; hier auf einer tiefen und, wie ich jetzt meine, nicht weniger als jene Pappel gefährlichen Wassergrube, deren Rand mit alten Weidenstümpfen dicht umstanden war, gingen wir die flinken schwarzen Käfer, die wir „Wasserkrabben“ nannten, oder ließen wir ein andermal unsere auf einer eigens angelegten Werk erhaltenen Kriegsstotte aus Wahnuschalen und Schachteldeckeln schwimmen.

Im Spätsommer geschah es denn auch wohl, daß wir aus unserer Koppel einen Raubzug nach des Küstlers Garten machten, der gegenüber dem des Pastors an der anderen Seite der Wassergrube lag; denn wir hatten dort nun zwei verkrüppelten Apfelbäumen unseren Jähnten einzubeißen, wofür uns freilich gelegentlich eine freundschaftliche Drohung von dem gutmütigen alten Manne zuteil wurde.

So viele Jugendfreunden wuchsen auf dieser Priesterkoppel, in deren dürrer Sandboden andere Blumen nicht gedeihen wollten; nur den scharfen Duft der goldknopfigen Rainfarnen, die hier häufiger als allen Wälden fanden, spüre ich noch heute in der Erinnerung, wenn jene Zeiten mir lebendig werden.

Doch alles dieses beschäftigte uns nur vorübergehend; meine dauernde Teilnahme dagegen erregte ein anderes, dem wir selbst in der Stadt nichts an die Seite zu setzen hatten. Ich meine damit nicht etwa die Köhrendauten der Lehmwespel, die überall aus den Mauerspalten des Stalles hervorragten, obgleich es anmutig genug war, in behaglicher Mittagsstunde das Aus- und Einfliegen der emsigen Tierchen zu beobachten; ich meine den viel größeren Bau der alten und ungewöhnlich statischen Dorfliche. Bis an das Schindeldach des hohen Turmes war sie von Grund aus auf Granitquadern aufgebaut und beherrschte, auf dem höchsten Punkt des Dorfes sich erhebend, die weite Schau über Heide, Strand und Marthen.

Die meiste Anziehungskraft für mich hatte indes das Innere der Kirche; schon der ungeheure Schlüssel, der von dem Apostel Petrus selbst zu stammen schien, erregte meine Phantasie. Und in der Tat erschloß er auch, wenn wir ihn glückselig dem alten Küster abgewonnen hatten, die Pforte zu manchen wunderbaren Dingen, aus denen eine längst vergangene Zeit hier wie mit finsternen, dort mit kindlich frommen Augen, aber immer in geheimnisvollem Schweigen zu uns Lebenden ausblickte.

Da hing mitten in die Kirche hinab ein schrecklich übermenschlicher Kreuzifixus, dessen hagere Glieder und verzerrtes Antlitz mit Blut überrieselt waren; dem zur Seite an einem Mauerpfeller haftete gleich einem Nest die braungeschmückte Kanel, an der aus Frucht- und Laubgewinden allerlei Tier- und Teufelskraken sich herozudrängen schienen. Besondere Anziehungskraft aber übte der große, geschmückte Altarschrank im Chor der Kirche, auf dem in bemalten Figuren die Leidensgeschichte Christi dargestellt war; so seltsam wilde Gesichter, wie das des Rathphos, aber die der Kriegsknechte, die in ihren goldenen Harnischen um des Getreuzigten Mantel wülfelten, bekam man dranhin im Alltagsleben nicht zu sehen; tröstlich damit kontrastierte nur das holde Antlitz der am Kreuze hingehunkenen Maria; ja, sie hätte leicht mein Knabenherz mit einer phantastischen Reizung bestriden können, wenn nicht ein anderes mit noch stärkerem Reize des Geheimnisvollen mich immer wieder von ihr abgezogen hätte.

Unter all diesen seltsamen oder wohl gar unheimlichen Dingen hing im Schiff der Kirche das unschuldige Bildnis eines toten Kindes, eines schönen, etwa fünfjährigen Knaben, der, auf einem mit Spigen besetzten Kissen ruhend, eine weiße Wasserlilie in seiner kleinen, bleichen Hand hielt. Aus dem arten Antlitz sprach neben dem Grauen des Todes, wie hilflos, noch eine letzte holde Spur des Lebens; ein unwiderstehliches Mitleid besiel mich, wenn ich vor diesem Bilde stand.

Aber es hing nicht allein hier; dicht daneben schaute aus dunklem Holzrahmen ein finsterner, schwarzbärtiger Mann in Priestertragen und Sammar. Mein Freund sagte mir, es sei der Vater jenes schönen Knaben; dieser selbst, so geht noch heute die Sage, solle einst in der Wassergrube unserer Priesterkoppel seinen Tod gefunden haben. Auf dem Rahmen lasen wir die Jahreszahl 1686; das war lange her. Immer wieder zog es mich zu diesen beiden Bildern; ein phantastisches Verlangen ergriff mich, von dem Leben und Sterben des Kindes eine nähere, wenn auch noch so farge Kunde zu erhalten; selbst aus dem düsteren Antlitz des Vaters, das trotz des Priestertragens mich fast an die Kriegsknechte des Altarschranks gemahnen wollte, suchte ich sie herauszulesen.

(Fortsetzung folgt.)

wegung war folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres): Eheschließungen 111 (56), Geburten 263 (118), Sterbefälle 208 (225), d. h. auf 1000 Einwohner für ein ganzes Jahr 11,6 Eheschließungen, 26,9 Geburten und 21,1 Sterbefälle. Unter den Geborenen waren 32 oder 12,2 % (24 oder 20,2 %) unehelich. Das Alter der Gestorbenen betrug in 26 (25) Fällen unter 1 Jahr und in 60 (45) Fällen über 70 Jahre. Todesursache war 32mal Krankheiten der Kreislauforgane, 21mal Lungenerkrankungen, 20mal Tuberkulose und je 13mal Infektions- und Krankheiten der Atmungsorgane. Gewalttätigen Todes endeten 10; 4 durch Selbstmord und 6 durch Verunglückung. Unter den Gestorbenen waren noch 5 Kriegsteilnehmer und ein Kriegsgefangener.

Die Entschädigung beim Verlust gewöhnlicher Patente auf der Basis der Zeit entsprechend erhöht werden. Es wird jetzt noch immer nur eine Entschädigung von höchstens 3 Mk. für das Patent gezahlt, ein Betrag, der heutzutage bei weitem nicht ausreicht, den Abnehmer bei Verlust oder Beschädigung der Patente schadlos zu halten.

Feststellung der Kriegsverdächtigten. Die Persönlichkeit einer großen Anzahl von gefangenen oder in Lazaretten gestorbenen Heeresangehörigen hat immer noch nicht ermittelt werden können. Die endgültige Klärung des Schicksals dieser Kriegsteilnehmer ist aber in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Hinsicht überaus wichtig. Das Heeresabwicklungs-Hauptamt hat deshalb alle beteiligten Dienststellen von neuem angewiesen, alle vorhandenen und noch zu beschaffenden Unterlagen, die Aufklärung über das Schicksal unbekannter, auch feindlicher Tote enthalten, an das Zentral-Nachweise-Amt für Kriegsverluste in Berlin zu senden. Nötigenfalls sollen die Unterlagen durch Vernehmungen ergänzt werden. Es muß versucht werden, möglichst in allen Fällen eine Todesgewißheit zu schaffen. Nur die Fälle dürfen einem gerichtlichen Aufgebotsverfahren auf Todesvermutung zugeführt werden, für die sich ein einwandfreier Todesbeweis nicht erbringen läßt. Wichtige Unterlagen für die Ermittlung bilden die Leichenbesuchsverhandlungen, Stempel in den Bekleidungsstücken, Erkennungsmarkte, Soldbüch sowie der Nachlaß, wie Uhr, Ringe, Notizbücher usw.

Hilfe für Wien. In dem ersten Hamburger Zuge war leider kein Platz mehr für die von Lübeck eingeladenen Wiener Kinder. Sobald der Tag der Ankunft bestimmt ist, wird er bekannt gegeben, aber vor Anfang März ist wohl kaum damit zu rechnen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein 600000-Mark-Kauf wurde am Sonntagabend in dreierlei Weise ausgeführt. Vier Beamte brachten von der Hauptstaatskasse nach dem Arbeitsamt 980000 Mk. An der Staatsausgabe, als die Beamten das Gebäude des Arbeitsamtes betreten, wurden sie von zwei unbekanntem Männern, die Salbatenkleidung trugen, nach vorn geschoben, wodurch ein künstliches Gedränge hervorgerufen ward. Plötzlich erhob der eine Beamte einen Faustschlag vor den Bauch, so daß er für einige Sekunden das Bewußtsein verlor. Diesen Augenblick benutzten die beiden Unbekannten und entrißten ihm einen Beutel, der 600000 Mk. in fünfzigmarkigen Scheinen enthielt. Ehe die Beamten wußten, was geschehen war, hatten die Räuber mit dem Gelde die Flucht ergriffen, sprangen in ein Auto und entkamen. — Vom eigenen Sohn erlösen. Am Freitagabend erlösch der 21 Jahre alte Bankbeamte Erich Sahr nach einem Streite seinen Vater. — Um den Erwerbslosenrat. Von den Anwesenden, die die letzte Erwerbslosenversammlung lösten, wurde beschlossen: „Die Verammlung lehnt die Schaffung eines von Interessenten empfohlenen Erwerbslosenrates ab; sie ist der Überzeugung, daß ein derartiger Körper aus den Ereignissen der Zeit geboren wird.“ Auch die bereits vorher erwähnten Reden siehe

mit beabsichtigter Deutlichkeit erkennen, daß man für die Erwerbslosen kein anderes Heil erwarre, als eine kommende Revolution, die „aus den Ereignissen geboren“ werden würde. Man muß es ihnen überlassen, zu entscheiden, ob sie der Ansicht sind, daß derlot Unfug mehr fäh macht, als eine wirkliche Vertretung der Erwerbsloseninteressen.

Kiel. Zur Landarbeiterbewegung wird uns vom Deutschen Landarbeiterverband geschrieben: Durch eine Verhandlung, die am 20. Februar 1920 in Kiel stattfand, wurde beschlossen, am Mittwoch, dem 25. d. M., erneut mit dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Verband für die Provinz Schleswig-Holstein über Gewährung einer Teuerungszulage für die landwirtschaftlichen Arbeiter der Provinz zu verhandeln. Durch diesen Beschluß haben die Arbeitgeber zugestanden, daß für die Landarbeiterschaft etwas getan werden muß. Dadurch ist die Gefahr eines Landarbeiterstreiks für unsere Provinz beseitigt.

Wismar. Geständnis der Mörder von Robertsdorf. Die drei ältesten Söhne des Steinschlägers Wilhelm Krause zu Heidefalken bei Wismar, welche mit den Eltern unter dem dringenden Verdacht des Mordes an dem Genpächler Ehepaar in Robertsdorf dem Landgericht Schwerin zugeführt sind — Alfons, Erwin und Arnold Krause —, haben der Staatsanwaltschaft gegenüber den Mord eingestanden. Die beiden ältesten Brüder haben die alten Leute nachts mit einem Meißel niedergeschlagen. Ihre Beute war rund 1000 Mk. Die Eltern der Mörder haben erst später von dem Verbrechen erfahren und sind nun aus der Haft entlassen.

Bremen. Die Bremer Kommunisten wollen sich wieder am Parlament beteiligen. Folgendes haben sie beschlossen: „Die Vertreter der K. P. D. haben die Pflicht, die Plattform der bürgerlichen Parlamente in Auftrage der Partei und in stetigem Zusammenhang mit ihr für den revolutionären Kampf auszusagen, d. h. den Klassenkampf nachdrücklich zu betonen, den Schwandel der bürgerlichen Demokratie und ihrer Reformmaßnahmen öffentlich zu entlarven und den Massen zu denunzieren.“ — Die Tätigkeit der Kommunisten in der Bremer Nationalversammlung war nicht weit her. Sie wird auch in Zukunft nur aus dem Morgen- und Abendposten bestehen, daß alles Heil nur von der Räte Herrschaft zu erwarten ist.

Aus dem Parteileben.

Vorwärts trotz alledem! Im Bezirksverband obere Rheinprovinz hat die sozialdemokratische Partei seit der Revolution unaufhaltsam Fortschritte gemacht. Während noch die Mitgliederzahl der organisierten Parteigenossen am Schlusse des dritten Quartals 1913 7448 betrug, stieg die Mitgliederzahl gleich nach der Revolution auf über 40000; sie beträgt heute 51000! Diese außerordentlich günstige und erfreuliche Entwicklung der sozialdemokratischen Parteiorganisation im oberrheinischen Bezirk zeigt treffend, wie unecht jene haben, die immer behaupten, die Arbeitssozialdemokratie habe das Vertrauen der Massen nicht mehr. Wie die Entwicklung zeigt, marschieren die alle Sozialdemokratie am Oberrhein unbeeinträchtigt der Angriffe, die von rechts oder links gegen sie gerichtet werden.

Ein neues Parteiblatt wird im besetzten Gebiet des früheren Reichstagswahlkreises Hildesheim-Hannover-Uslingen gegründet werden, das den Titel „Freie Presse“ führen wird und vom 1. März ab täglich erscheinend sein soll. Wiederholt wurde der Verzicht gemacht, die „Frankfurter Volksstimme“ wieder einzuführen, die mit der Arbeiterbewegung dieses Kreises in enger Fühlung steht. Aber nach den mehrfachen Verboten dieses Blattes durch die Franzosen schien es gewagt, sich auf die „Volksstimme“ festzulegen, die immer größeren Schwierigkeiten ausgesetzt sein wird, weil sie im unbesetzten Gebiet erscheint. Aus diesem Grunde wurde zur Neugründung der „Freien Presse“ geschritten.

Zur Vorbereitung der kommenden Wahlen. Eine gute Vorbereitung für die kommenden Wahlen ist die Auffklärung der Arbeiterschaft über die wichtigsten Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Hier eröffnet sich unseren Parteiorganisationen und Bildungsausschüssen ein weites Tätigkeitsfeld, das gute Früchte bringen muß, wenn es planmäßig und zielbewußt bearbeitet wird. Der Zentralbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei gibt, um den Organisationen diese Aufgabe zu erleichtern, in Form von Kursumfassungen geeignetes Material für Referenten heraus, das von parteiigenösslichen Fachleuten bearbeitet ist und die einschlägige Literatur enthält. Es liegen bereits zwei solcher Dispositionen in Broschürenform vor und zwar über folgende Gebiete: „Wirtschaftsgeschichte“ von W. Reimes und „Die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens“ von Franz Lauffötter. Weitere sind in Vorbereitung. Die Schriften sind zum Preise von 1 Mk. pro Exemplar und 10 Pfg. Porto durch den Zentralbildungsausschuß Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu beziehen.

Arbeiterbewegung.

Der Achtstundentag der Bergleute. Die Jahresversammlung des Bergarbeiterverbandes des Luga-Delesnicher Reviers (Sachsen) erklärte sich einstimmig für den Achtstundentag.

Metallarbeiterstreik in Frankreich. In Lyon traten 30000 Metallarbeiter in den Ausstand.

Reich und Ausland.

Der reiche Armengeldbesitzer. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft wurde in Opatowitz bei dem aus Berlin zugewanderten Handelsmann Kapliski eine Hausdurchsuchung vorgenommen und in einer Kiste versteckt über 100000 Mk. in Gold und über 150000 Mk. Bargeld in verschiedenen Münzarten vorgefunden. Die beschlagnahmte Geldsumme hat einen Metallwert von über 1000000 Mk. Außerdem fand man bei dem Händler sich über 200000 Mk. Leinwand- und Seidenstoffe. Kapliski, der nur kurzem aus Schmalzungen nach Dranienburg zog, hat in beiden Orten und auch früher in Berlin jahrelang Armengeld bezogen und keinen Pfennig Steuern entrichtet.

Madrid ohne Licht und Strom. Wolkenbruchartige Regengüsse der letzten Tage hatten bei Madrid (Spanien) große Ueberschwemmungen zur Folge. Die Elektrizitätswerke sind beschädigt.

Welt und Wissen.

Beary f. Wie aus Washington gemeldet wird, ist dort im Alter von 64 Jahren der Nordpolfahrer Robert Beary gestorben. Er begann als Ingenieur. Seit Anfang der neunziger Jahre war er an Nordpolfahrten beteiligt. Die Erforschung der nördlichen Grenzgebiete und des Innern Grönlands förderte er auf einer ganzen Reihe Expeditionen. Diese Fahrten waren die Vorbereitung der Versuche, zum Nordpol vorzudringen. Die 1908 über Grönland angetretene Fahrt führte Beary, wie er behauptete, am 6. April 1909 ans Ziel. Seiner Meinung war die andere von Cook vorhergegangen, der ebenfalls und zuerst den Nordpol erreicht haben wollte. Ein eifriger Kampf um den Rekordanspruch begann. Cook wurde als Schwindler abgetan, aber schließlich bestanden auch Bearys Ansprüche vor der nachprüfenden Wissenschaft nicht. Die Verdienste dieses Mannes um die Erweiterung unserer Kenntnisse von den nördlichsten Gebieten der Erde, die keine Bewohnung durch den Menschen mehr zulassen, sind aber anerkannt groß.

Verkaufsprovision für Brot-Wiederverkäufer.

Die von den Bäckern an Wiederverkäufer zu vergebende Verkaufsprovision ist auf 10 v. H. des Brotpreises festgesetzt. Die Bewilligung einer höheren Vergütung ist den Bäckern untertaut.

Lübeck, den 20. Februar 1920. (13389)

Das Landesverorgungsamt.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer

für das Jahr 1919/20 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Lorenz sind, in der Zeit vom 21. bis 23. Febr. d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (13398) Die Verlegung des Wohnortes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 20. Febr. 1920. Die Steuerbehörde.

Bekanntmachung.

Die Abitur von Blech, Scherben und Koffschladen findet am Donnerstag, dem 26. Februar 1920 in der Zeit von 7 bis 9 Uhr vormittags statt. (13392) Lübeck, den 23. Febr. 1920. Das Polizeiamt.

19. Mädchen mit guter Schulbildung

Suche f. m. Schwester, 25 Jahre, v. Lande, zum 1. April Stelle als Stütze. Altmühlstr. 134/135, Lübeck, 23. 1.

Neues sch. Buchst. u. a. Seite, Gr. 44, Konf.-Jacket, preislich v. vert. (13407) St. Gertrudenstr. 8.

Entl. Antrag, neue Ehevertr. Schlicht., Gr. 42 zu verfahren. (13412) Ludowigsstr. 78, 1A.

Stappharmen m. Herbol, 2. Lgei. Ang. v. K. V. a. d. Grp.

Zu feul. gel. ein guterb. Holländer. Ang. m. Fr. u. R. K. a. d. Grp. (13396) Neues Damen-Maschinenforum zu vermieten. Näh. Roienarten 4. (13406)

Wiener vorrätig: Betriebsrätegesetz.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johanni str. 46.

Kaufe Mittwoch, d. 25. und Donnerstag, den 26. Februar, von 10 bis 6 Uhr

alte Gebisse

per Zahn 16, 18, 70, 250 Mt. bis

in Lübeck, Zentral-Hotel, Schiffelboden 12, 1. Etage, Zimmer 18. (13403) Frau Remowatzek.

Am Freitag, d. 21. Febr. 1920, abds. 9 1/2 Uhr, entfällt nach langen, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden unsere liebe unvergessliche Tochter, meine gute Schwester Erna Ketschkahn im 19. Lebensj.

In tiefer Trauer die trauernden Eltern u. Schwester. (13385) Fritz Ketschkahn u. Frau geb. Heiden. Klirische Ketschkahn.

Lübeck, den 21. 2. 21. Sägemühl. 17, 1. Beerdigung am Mittwoch 3 1/2 Uhr von der Kapelle Vorwerder Friedhof. Trauerfeier 1/2 Stunde vorher.

Der Wirtschaftsausschuß. Frau Isolda Gryn. Geschäftsführer. Oberlehrer Brockmüller. W. Haase-Lampe.

die Gemeinnützige Brodenjammung (Sammelstelle Salzweicher) will verjüngen, durch eine möglichst weite Erfassung der in vielen Haushaltungen noch unausgenutzt bleibenden Kartoffelschalen

der Viehhaltung wieder größere Futtermengen zuzuführen. Sie wird deshalb Stadt und Vorstädte in kurzen Zeitabschnitten distriktweise abfahren lassen, und sie bitten unsere Hausfrauen, diese Vermählungen freundlichst unterstützen zu wollen. Das Abfahren soll durch beauftragte Schulknaben und Frauen, die ihren Erwerb dadurch finden, geschehen. Der Reinertrag der Sammelarbeit ist für die private Wohlfahrtsarbeit bestimmt. Anaben, die antragsgemäß oder freiwillig 6 Wochen hintereinander pro Woche die meisten Kartoffelschalen abliefern, jedoch wöchentlich mindestens 3 Zentner, erhalten außer Spargarten eine Sammelprämie (Zeichnungen u. a.) Der Wirtschaftsausschuß. Frau Isolda Gryn. Geschäftsführer. Oberlehrer Brockmüller. W. Haase-Lampe.

Täglich zu feinen Kunden spricht der Kaufmann

durch wirkungsvolle Inserate im „Lübecker Volksboten“.

Bei der großen Leserschaft haben diese durchschlagenden Erfolg!

Prima-Wechsel in Block.

Zu beziehen Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Lübecker Wohlfahrtspende.

Die erste Verteilung findet statt: Am Montag, dem 23. Februar: von 4-6 Uhr die Buchstaben S, Sch. Am Dienstag, dem 24. Februar: von 10-1 Uhr die Buchstaben St, T, U. (13398) von 4-6 Uhr die Buchstaben W, Z. Königstraße 19.

Ankauf von alten Gebissen

auch einzelnen Zähnen mit echten Stiften.

Zahle per Zahn 13-200 Mt.

Der Ankauf findet vom Sonntag, dem 22., bis einschließlich dem 25. Februar, von 9 bis 7 Uhr statt im

Bahnhotels-Hotel, Obertrave 3, Ecke Holstenstr., Zimm. 2. (13391)

Also kein Zahn unter 13 Mt.



Außerordentliche Versammlung

am Mittwoch, dem 25. Februar abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Besprechung zur Sittenbau- und Vertriebs-Gesellschafts-Frage. Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich (13399) Der Vorstand.

Achtung!

Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Söhne oder Mündel das Zimmerhandwerk erlernen sollen, werden gebeten, vor Abschluß der Lehrverträge mit den Vertrauensleuten des Lehrlingsausschusses Rücksprache zu nehmen. (18410) Zentralverband der Zimmerer Deutschl. Zahlstells Lübeck. Die Vertrauensleute i. V. Helnr. Saß, Krausestr. 18a.

Die Unterbilanz des ersten Revolutionsjahres

Von J. Kaliski. Sonderheft des „Firn“, sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Preis 1.- Mt. Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Metallbetten.

Stahlrohrmatratz, Rimberr. Stahl, Bolli. a. Federm. Galfr. Eisenmöb.-Fabr. Subl. 1. Th.